

1/2012

# Nachrichtendienst

»» Dokumentation:  
Bischof Dr. Markus Dröge  
Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit  
zum Schwerpunktthema Integration

## Inhalt

|                                     |    |
|-------------------------------------|----|
| Editorial                           | 3  |
| Aus der Arbeit des AEU              | 5  |
| Wirtschaft, Kirche und Gesellschaft | 8  |
| Dokumentation                       | 17 |
| Geistlicher Impuls                  | 33 |
| Termine und Veranstaltungen         | 35 |
| Wirtschaftstagungen                 | 37 |

## Impressum

AEU-Nachrichtendienst  
Nachrichten und Informationen aus dem  
Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer  
Herausgeber:  
Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer  
in Deutschland e. V. (AEU)  
Karlstraße 84 • 76137 Karlsruhe  
Tel. 0721/35 23 70 • info@aeu-online.de  
Redaktion:  
Stephan Klinghardt  
Satz und Layout:  
Brigitte L. Selle

## Editorial

Wie von der Mitgliederversammlung im September 2011 beschlossen, ist der Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer inzwischen dem Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik (WZGE) als Stifter beigetreten (vgl. S. 5). Die erste gemeinsame Veranstaltung haben wir im November 2011 im Gesellschaftshaus der BASF in Ludwigshafen durchgeführt und planen für die kommende Zeit weitere Gespräche über das mit Begleitung des Wittenberg-Zentrums für Globale Ethik entwickelte "Leitbild für verantwortliches Handeln in der Wirtschaft", das inzwischen von rund fünfzig großen Unternehmen in Deutschland unterzeichnet worden ist.

In diesem Kontext war eine Erfahrung während einer Veranstaltung der "Baden-Badener Unternehmer-Gespräche", bei der das Leitbild vom WZGE vorgestellt wurde, erstaunlich, wenn nicht gar erschütternd: Die Hälfte der dort versammelten Nachwuchs-Führungskräfte antwortete auf die Frage, ob sie über ihren Beruf hinaus gesellschaftliche Verantwortung tragen würden mit - nein! Dies ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert.

Zunächst müssen sich die entsendenden Unternehmen die Frage stellen, welche Qualitäten und Kategorien in ihrem Hause für die Entwicklung von Nachwuchskräften zur Wirkung kommen und wie Führungspersönlichkeiten in ihrer (sozialen) Persönlichkeitsentwicklung begleitet werden. Ein Ruhmesblatt ist solch ein Ergebnis jedenfalls für uns alle nicht.

Zum zweiten läßt ein solches Feedback aber auch Rückschlüsse auf die Fundierung und Prägung dieser Manger-Generation zu, die in den Startlöchern steht, morgen Spitzenpositionen in der Wirtschaft zu übernehmen. Wir können jedenfalls nicht selbstverständlich davon ausgehen, daß ein allgemein gültiges Wertesystem durch Prägung in Elternhaus, Schule (auch Kirche), Universität usw. unverändert zu erwartendes Allgemeingut

ist - falls es dies je war. Das bedeutet, daß wir uns vermehrt darauf einstellen müssen, daß wir künftig mehr denn je daran zu arbeiten haben, unser unternehmerisches Handeln neben berechtigten betriebswirtschaftlichen Zielen auch unter dem Blickpunkt gesellschaftspolitischer Akzeptanz zu hinterfragen. Das ist aufwendig und kostet Zeit und Kraft, beinhaltet aber die Chance, eigenes unternehmerisches Handeln zu erklären und verständlich zu machen.

Dies ist ganz offensichtlich in den letzten Jahren zu kurz gekommen. Keine unternehmerische Aktivität kann sich dauerhaft leisten, entkoppelt von Politik, Gesellschaft und Kultur ein Eigenleben zu führen. Die Einbindung in die gesellschaftliche Entwicklung des Umfeldes, sei es durch aktives Mitgestalten, Ehrenamt oder Sponsoring muß daher wieder Teil des Selbstverständnisses bürgerlichen und unternehmerischen Engagements werden. Und wir werden in den Firmen (wieder) mehr noch als bisher Freiräume schaffen müssen, damit sich unsere Mitarbeiter in gesellschaftlichen Aktivitäten einbringen können.

Eine professionell geführte CSR-Abteilung alleine reicht bei allen inzwischen zweifelsfrei erarbeiteten Verdiensten auf diesem Feld dafür nicht aus. Hier besteht sogar die Gefahr, daß für viele voll im Berufsleben stehenden Menschen die institutionellen CSR-Aktivitäten gewissermaßen eine Feigenblattfunktion für eigenes unterlassenes Engagement darstellen. Auch ein "social day" einmal im Jahr ist zwar eine lobenswerte Aktivität, aber was geschieht in den restlichen 364 Tagen des Jahres? Soziale Prägung, Verantwortung für das Ganze und überberufliches Engagement sind nur in Eigenleistung wirksam, wenn sie beim Betroffenen Einfluß auf seine Entwicklung nehmen sollen.

Mit unserem Engagement in und für den Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer sind wir hier aus meiner Sicht auf gutem

Wege, denn wir bieten interessierten Christen in unternehmerischer Verantwortung nicht nur eine Dialogplattform, sondern vermitteln auch vielfältige Möglichkeiten, sich selbst in Gemeinden, Synoden und kirchlichen Ausschüssen sowie in der Diakonie einzubringen.

Diese Kombination aus Teilhabe und Mit-tun, Inspiration und Aktivitas, gebender Hilfe und angenommener Unterstützung motiviert uns im Vorstand und hoffentlich auch Sie alle als Mitglieder des AEU unsere Arbeit auch im Neuen Jahr fröhlich und engagiert voran zu bringen.

Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes Neues Jahr

Ihr

Michael Truchseß

## Aus der Arbeit des AEU

### Strategieklausur 2011

Unsere Rüstzeiten bieten die Möglichkeit zum Austausch zwischen den einzelnen regionalen Arbeitsgruppen des AEU, zur Verständigung über Ziele, Positionen und organisatorische Abläufe sowie zur geistig/geistlichen und fachlichen Zurüstung. Da sich im Rahmen der Rüstzeit am 25. und 26. März zusätzlicher Beratungsbedarf ergab, verabredeten die Sprecher und Mitglieder der Leitungskreise mit dem Vorstand eine Strategieklausur am 9. und 10. September 2011. In diesem Rahmen wurden die Aussagen über die Aufgaben, die Ziele sowie das Selbstverständnis des AEU anhand der Image-Broschüre "protestantisch verantwortlich handeln" und des Faltblattes "Unternehmerisch denken und handeln" ausführlich diskutiert, in den zentralen Aussagen bestätigt und in wenigen Positionen modifiziert.

Unbeschadet der Eigenständigkeit der regionalen Arbeitsgruppen des AEU bei der Auswahl geeigneter Themen bestand Einigkeit darüber, daß es sinnvoll sei, für eine bestimmte Zeit ein übergreifendes Jahres- bzw. Generalthema gemeinsam zu bearbeiten, u. a. um eine inhaltliche Profilierung nach außen flächendeckend erkennbar zu machen. Um ein solches Generalthema in den Regionen einheitlicher zu bearbeiten und in Veranstaltungsformate umzusetzen, sollen sich die einzelnen regionalen Arbeitsgruppen des AEU künftig noch stärker in den Prozeß der Themenfindung einbringen.

*Marcus Wollny*

### Zuwahlen in die AEU-Gremien

Die Mitgliederversammlung 2011 hat am 21. September 2011 in Frankfurt am Main die AEU-Mitglieder Daniel Hoster (Jg 1968, Mitglied seit 2009), Managing Director der Deutsche Bank AG in Frankfurt am Main, und Matthias Wittenburg

(Jg 1968, Mitglied seit 2010), Bereichsvorstand der Commerzbank AG in Frankfurt am Main, für den Rest der laufenden Wahlperiode des amtierenden Vorstandes bis zur Mitgliederversammlung im Jahr 2012 als weitere Mitglieder in den Vorstand des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer gewählt.

Die im Einvernehmen zwischen Vorstand und Kuratorium vom Vorsitzenden des Kuratoriums im schriftlichen Verfahren erstmals berufenen Kuratoriumsmitglieder Dr. Peter Bartels (Jg 1965, Mitglied seit 2011), Mitglied des Vorstandes der PricewaterhouseCoopers AG in Hamburg, und Professor Dr. Reinhard Pöllath (Jg 1948, Mitglied seit 2002), Gründungs- und Seniorpartner der Kanzlei P+P Pöllath + Partners in München, wurden von der Mitgliederversammlung für die Amtsperiode von 2011 bis 2014 des Kuratoriums bestätigt. Das Kuratorium berät den Vorstand. Es unterstützt ihn bei der Planung der mittel- und langfristigen Aufgaben, bei der Werbung von Mitgliedern und Spendern. Es fördert die Kontakte zur Kirche sowie zu kirchlichen und anderen Institutionen.

*Stephan Klinghardt*

### Zusammenarbeit mit dem WZGE

Um bei der Formulierung von inhaltlichen Positionen bzw. der Organisation von Angeboten durch den AEU neben der Unterstützung aus dem Kreis der Mitglieder auch auf externe Ressourcen zurückgreifen zu können, wurde eine Zusammenarbeit mit dem Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik (WZGE) vereinbart, die langfristig gefestigt und institutionalisiert werden soll. Das WZGE vermittelt heutigen und künftigen Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft alltagstaugliche Prinzipien verantwortlichen Handelns. Ausgehend vom welthistorischen Ort Wittenberg tritt das Zentrum in den Dialog mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kirchen und Gesellschaft. Das WZGE arbeitet unab-

hängig, überparteilich, international und überkonfessionell.

Der Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer hat sich an der Stiftung Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik durch eine Zustiftung zum Stiftungskapital in Höhe von 50.000 € beteiligt, die von Mitgliedern des Vorstandes und des Kuratoriums aufgebracht worden sind. Die Beteiligung und Zusammenarbeit wird durch die Entsendung und Aufnahme eines Vertreters aus dem AEU in den Stiftungsrat der Stiftung WZGE manifestiert. Die entsprechende Vereinbarung wurde am 30. November 2011 in Berlin unterzeichnet.

Mit der institutionalisierten Verbindung zwischen dem Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer und der Stiftung Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik soll einerseits die akademische Wirtschaftsethikdiskussion um Beiträge aus protestantischer Perspektive ergänzt und andererseits die Erträge der wissenschaftlichen Arbeit rezipiert, diskutiert, kommuniziert und insbesondere für den Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer und seine Mitglieder verfügbar und nutzbar gemacht werden. Darüber hinaus ist es dem AEU ein Anliegen, die in Lutherstadt Wittenberg begründete protestantische Tradition aufzunehmen und fortzuführen. Diese Beteiligung fördert u. a. Forschungsvorhaben im Bereich evangelischer Sozial- und Wirtschaftsethik und verwirklicht so einen weiteren satzungsgemäßen Zweck des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer.

*Stephan Klinghardt*

### **Wachstum, Wachstumsmaß und Wachstumskritik - Jahrestagung 2011 in Köln**

"Ist Wachstum ein Götze?" war das Thema des programmatischen Vortrags von Kirchenpräsident Dr. Volker Jung auf dem Jahresempfang des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer am 15. September 2010 in Frankfurt am Main. Er forderte eine (neue) Wachstumsdebatte

und daß daraus Konsequenzen in der Politik und im ökonomischen Handeln gezogen werden. Dazu gehöre, "daß die ausschließliche Orientierung an der Richtgröße des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufgegeben wird und die Wachstumsthematik in einem globalen, ökologischen und sozialen Horizont gesehen wird", so Kirchenpräsident Dr. Jung.

Wachstumskritik wird von verschiedenen Seiten laut: Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung in Berlin hat einen Blog zur "Postwachstumsgesellschaft" eingerichtet und die globalisierungskritische Nichtregierungsorganisation Attac stellt die Frage, "ob jenseits von Konzepten 'nachhaltigen' Wachstums nicht eine Abkehr von einer auf Wachstum fixierten Wirtschaftspolitik nötig ist". In der Evangelischen Kirche und auf dem 33. Deutschen Evangelischen Kirchentag 2011 in Dresden hat diese Wachstumskritik Resonanz gefunden. Die kirchlich getragene Kampagne "Anders wachsen" hatte die Kirchentagsresolution "Wirtschaft braucht Alternativen zum Wachstum" initiiert. Die Präses der EKD-Synode, Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen), Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, kritisierte "den Zwang zum Wirtschaftswachstum".

### **Was folgt auf das Wachstum?**

Die Frage nach möglichen Dimensionen von Wachstum bzw. nach zukunftsfähigen gesamtgesellschaftlichen Leitbildern wird (nicht nur) die künftige Diskussion zwischen Kirche und Wirtschaft prägen. Als Beitrag zur (neuen) Wachstumsdebatte hat der Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer mit seiner Jahrestagung "Von Wachstum, Wachstumsmaß und Wachstumskritik" vom 21. bis 23. Oktober 2011 in Köln deshalb die Frage nach dem Zusammenhang von Wachstum, Wohlstand und Wohlfahrt aufgenommen und sich mit der Kritik am BIP als Wirtschaftsrechnung und alternativen Wachstumskonzepten auseinandergesetzt.

In seinem die Jahrestagung einleitenden Problemaufriß skizzierte AEU-Mitglied Dr. Rainer Eisele, Ansprechpartner für wirtschaftspolitische Fragen im Leitungskreis der regionalen Arbeitsgruppe des AEU in Württemberg, die wesentlichen in der gesellschaftspolitischen Diskussion vertretenen Positionen bzw. Denkschulen und deckte deren argumentative Schwächen bzw. Widersprüche auf. Er plädierte dafür, das Thema als komplexes, interdisziplinäres Problemfeld zu begreifen, das ohne ideologische Verengungen betrachtet werden müsse. Die wiederaufkommende Frage nach den "Grenzen des Wachstums" sei für Unternehmens-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik relevant. Es sei wichtig, daß sich der Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer an dieser Diskussion beteilige und sich nicht vereinnahmen lasse.

Professor em. Dr. Siegfried Franke vom Institut für Volkswirtschaftslehre und Recht der Universität Stuttgart ging der Frage nach, warum unsere Gesellschaft auf Wachstum angewiesen ist und erläuterte den Zusammenhang von Wachstum, Wohlstand und Wohlfahrt. Ausgehend von seinem Leitmotto "Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts!" (Walther Rathenau) beschrieb der Referent die Dimension des Wirtschaftswachstums im Lichte des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes und der übergeordneten ordnungspolitischen Ziele der Sozialen Marktwirtschaft. Wohlfahrt und Wohlstand würden oft synonym verwendet. Tatsächlich aber sei Wohlstand nur ein - wenn auch wesentlicher - Teil eines umfassenderen Wohlfahrtsbegriffs im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft. Es sei ein Problem, alle verfolgten Ziele mit einem "Wohlfahrtsindikator" zu erfassen. "Hochentwickelte westliche Industriestaaten, wie z. B. Deutschland, brauchen nach wie vor ein hinreichendes Maß an 'quantitativem Wachstum', um die qualitativen Anforderungen der Gesellschaft, ausgedrückt in Sozialindikatoren, erfüllen zu können", so Franke.

BIP oder Indikatorensystem?

Unter der Fragestellung "Brauchen wir alternative Wachstumskonzepte?" ging AEU-Mitglied Dr. Hans-Peter Klös, Geschäftsführer des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, auf die auch in den Kirchen verbreitete Kritik am Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Wachstumsmaß ein. Mit Blick auf nicht-materielle Indikatoren für Lebensqualität machte er deutlich, daß das BIP nur das erfassen und messen kann, was auf Märkten tatsächlich gehandelt wird. Nicht-materielle Aspekte seien nur schwer und nicht widerspruchsfrei zu erfassen. "Ein umfassender Indikator für Lebensqualität ist unrealistisch", so Klös. Nach seiner Ansicht bleibt das BIP als Wirtschaftsrechnung unverzichtbar, könne aber um ein Indikatoren-System ergänzt werden.

Die von den Vortragenden auf der Jahrestagung 2011 in Köln verwendete Folien und Manuskripte sind auf der Internetseite [www.aeu-online.de](http://www.aeu-online.de) in der Rubrik überregionale Termine unter "zurückliegende Veranstaltungen" dokumentiert.

*Stephan Klinghardt*

### **Tagung "Unternehmensführung angesichts endlicher Ressourcen"**

Auch wenn wir es vielfach noch nicht wahrhaben wollen, wichtige materielle Ressourcen unserer industriellen und gewerblichen Leistungskette sind endlich, einige bereits in sehr absehbarer Zeit erschöpft. Um so mehr fällt auf, daß bei vielen Unternehmen noch der Eindruck vorherrscht, es werde schon nicht so schlimm kommen. Mit der Zeit würden sich dann schon Wege und Möglichkeiten finden. Diese Fragen standen im Mittelpunkt einer Kooperationstagung "Unternehmensführung angesichts endlicher Ressourcen - Strategien und Umsetzung in der Praxis" am 25. und 26. November 2011 in der Evangelischen Akademie Bad Boll.

"Wir wollen Baden-Württemberg zum Leitmarkt für ressourceneffiziente Technologien machen. Dazu müssen wir diese Technologien nicht nur herstellen und exportieren, sondern auch als erste einsetzen." proklamierte Franz Untersteller, Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg. "Baden-Württemberg als rohstoffarmes, technologieorientiertes Bundesland bekommt sonst mittelfristig ein Problem." Er kündigte für das Jahr 2012 ein Programm an, das die Forschung für neue Energiespeicher mit rund acht Millionen Euro unterstützt. Ein effizienter Umgang mit Ressourcen sei eine der herausragenden Zukunftsfragen, so Untersteller. "Immer mehr Rohstoffe werden aus immer schwerer zugänglichen Lagerstätten abgebaut, die ökologischen Risiken steigen. In Entwicklungsländern, in denen die Richtlinien zum Umweltschutz weniger streng sind, drohen durch den Abbau von Rohstoffen erhebliche ökologische Schäden." Auch die Energiewende könne nur mit mehr Ressourceneffizienz erreicht werden. Die westliche Welt dürfe sich nicht damit zufrieden geben, Rohstoffe für ihre Bedürfnisse zu sichern, sondern müsse auch an die Konsequenzen in anderen Regionen der Erde denken, mahnte Untersteller. "Wir haben hier als Industrieländer eine ethisch-moralische Verantwortung."

Diese Tagung in der Reihe "Evangelische Beiträge zur Sozialen Marktwirtschaft" hat im Austausch zwischen Unternehmerinnen, Unternehmern und Firmen gezeigt, welche Strategien und Maßnahmen schon heute entwickelt und umgesetzt werden, um der Endlichkeit von Ressourcen gerecht zu werden und daraus Nutzen für Kunden und die eigene Marktposition zu generieren. Darüber hinaus hat die Tagung auch einen Rahmen geboten, sich bewußt zu machen, was die Endlichkeit der Welt für unsere persönlichen wie unternehmerischen Entscheidungen bedeutet.

*swp 29.11.2011, Stephan Klinghardt*

## Wirtschaft, Kirche und Gesellschaft

### Werden wir erpreßt?

*Beitrag von Dr. Karen Horn Leiterin des Hauptstadtbüros des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, in: "Wer Deutschland regiert", Beilage zur Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Oktober 2011, S. 23f.*

Die Märkte trieben die Politik vor sich her, hört man in der Krise überall. Doch diese Klage geht fehl: Die Politik besitzt längst den von ihr reklamierten Primat, sie nutzt ihn nur nicht sinnvoll. Das ist eine strukturelle Schwäche des Systems.

Drei Jahre sind seit dem Zusammenbruch der amerikanischen Bank Lehman Brothers vergangen. Die realwirtschaftliche Lage sieht derzeit in Deutschland so schlecht nicht aus, aber die Vereinigten Staaten kommen nicht in Gang. Vor allem: Die Bankenkrise ist nicht überwunden. Im Gegenteil, die Lage sieht ernster aus denn je. Mit ihren Hilfszahlungen für das 2008 ins Straucheln geratene Finanzsystem und diversen Konjunkturprogrammen haben viele Regierungen in aller Welt Schulden auf sich geladen, die nunmehr eine gefährliche Eigendynamik entfalten. In vielen Ländern sind die Staatsschulden außer Kontrolle. Die Unsicherheit ist immens, die Banken leihen einander kaum noch Geld, das Zukunftsvertrauen ist gering. Es herrscht Furcht vor der Furcht. Wenn aber alle verzagt abwarten, wenn der Konsum, die Investition und der Kredit auf breiter Front zurückgestellt werden, dann droht die vielbeschworene Abwärtsspirale.

Zynisch könnte man das Geschehen der vergangenen Jahre auf folgenden Nenner bringen: Banken gehen überzogene Risiken ein, nutzen Regulierungslücken, überheben sich; der Steuerzahler springt ein und gerät dadurch selbst in Not. Wovon am Ende noch nicht einmal die Banken mehr etwas haben. Sind im Finanzgewerbe destruktive Kräfte am Werk?

Kann es angehen, daß sich Banken vom Staat aus selbstverschuldeter Not helfen lassen, zwischenzeitlich wieder ordentlich Geld verdienen und trotzdem Sorgenkinder bleiben? Ist der Schuldenschnitt für den Haushaltssünder Griechenland bisher vor allem deshalb unterblieben, weil dort zu viele Banken engagiert sind? Erpreßt die Bankenwelt die Politik?

Demokratische Politik scheint machtlos zu sein gegenüber den global vernetzten Geldhäusern und dem spekulativen Druck der Märkte. Für viele stellt sich somit die alte Frage nach der Vereinbarkeit von Staat und Markt in neuer Schärfe. Es wird die Wiederherstellung des Primats der Politik verlangt. Auch die Forderung, alle Banken zu verstaatlichen, ist zu hören. Aber wäre damit irgendwem geholfen? Vermutlich nicht. Der Staat war nie ein guter Unternehmer, er wäre auch kein guter Bankier.

Es lohnt sich freilich, näher zu betrachten, woraus sich das Erpressungspotential eigentlich ergibt. Das wichtigste Stichwort heißt hier "Systemrelevanz". Den Begriff kennt heute jeder; im politischen Diskurs wird er ebenso inflationär gebraucht wie "Marktversagen" und "Alternativlosigkeit". Mit Systemrelevanz ist gemeint, daß ein Element in einer Kette so wichtig sein kann, daß sein Ausfall die ganze Kette auseinanderbrechen läßt. Im Fall der Banken hieße das, daß die ganze Infrastruktur der ökonomischen Finanzierung zusammenbräche - und damit die Wirtschaft gleich mit. Einen solchen Dominoeffekt würde man im Nachhinein einwandfrei erkennen. Aber im Voraus ist das schwierig. Nicht nur die Größe einer Bank spielt eine Rolle, von Bedeutung sind auch der Grad ihrer Vernetzung und die Risiken in ihrem Portfolio. Es bleibt die Furcht, eine Einrichtung könne zu groß sein, zu vernetzt oder einfach zu wichtig, als daß man die üblichen Mechanismen von Verantwortung und Haftung greifen lassen könnte, ohne den Gesamtzusammenhang aufs Spiel zu setzen. Es ist dieser unheimliche Zusam-

menhang, welcher der Politik den nicht ganz unberechtigten Eindruck vermittelt, sie werde am Nasenring durch die Mannege geführt.

Die Politik wiederum ist noch immer vom 15. September 2008 traumatisiert. Der Zusammenbruch von Lehman Brothers war eine Wegscheide. Auch zuvor schon hatte die von der Federal Reserve angeheizte, nach deren Kurswechsel aber geplatze Preisblase auf dem amerikanischen Immobilienmarkt Investmentbanken ins Schlingern gebracht. Um die Bank Bear Stearns zu retten, fädelte die amerikanische Regierung mit Hilfe der Notenbank rasch noch eine Übernahme durch JP Morgan Chase & Co. ein. Das Herauspauken von Banken, die gut verdient hatten, deren Geschäftstätigkeit hoch riskant war und die nicht ausreichend vorgesorgt hatten, erzürnte die Öffentlichkeit - mit gutem Grund: Die Steuergelder, die hier eingesetzt werden, fehlen an anderer Stelle; das Anwerfen der Notenpresse wird später gerade der ärmere Teil der Bevölkerung durch Inflation zu spüren bekommen. Jeder Krämer, der sich verkalkuliert, muß die Folgen tragen - warum nicht die Banken? Warum wird unsoliden Geschäftsgebaren vom Staat belohnt? Im Falle Lehman wollte er ein Zeichen setzen: kein weiteres "Bail-out". Die Sache ging schief. Warum? Weil die implizite Garantie einer Rettung durch den Staat seit jeher das Verhalten der nun wahrhaft überraschten Akteure bestimmt hatte; weil der Zusammenhang von Risiko und Haftung schon lange nicht galt; weil das Netz, das die Bank gesponnen hatte, viel zu groß geworden war.

In derselben ordnungspolitischen Sackgasse verfehlter Anreize steckt heute Europa: Griechenland hätte kaum je so viele Schulden aufgetürmt, wenn es - allen anderslautenden Vertragsklauseln zum Trotz - nicht davon hätte ausgehen können, daß die europäischen Partner einspringen, wenn es einmal eng würde. Die Banken hätten die griechischen Titel wohl kaum so günstig erwerben können und

im Portfolio gehalten, wenn sie nicht von derselben Annahme ausgegangen wären. Nun ist das Dilemma groß. Wie kann man heute die ordnungspolitischen Fehlstellungen korrigieren, ohne einen verheerenden Dominoeffekt in Gang zu setzen? Andersherum: Wie kann man den Dominoeffekt verhindern, ohne damit "moral hazard" festzuschreiben? Es ist schwer, hinter die Ursünde zurückzutreten.

Doch genau das muß sein. Daß das so schwer zu sein scheint, wirft ein nüchternes Licht auf die oft erregt vorgetragene These von der Unvereinbarkeit der Regelkreise Demokratie und Markt. Die Demokratie gilt dann als sakrosankt; der Markt besitze bloß "dienende Funktion". Diese systematische Frontstellung ist ebenso überzogen, wie die unterstellte Vorzugswürdigkeit bestreitbar bleibt.

Im Interesse der Klarheit: Demokratie im Sinne eines politischen Systems der Volksherrschaft statt der Autokratie, im Sinne der politischen Teilhaberechte des Einzelnen - das ist nicht zu verwechseln mit den jeweiligen institutionellen Gegebenheiten und Regeln, mit den Begrenzungen des Staatshandelns durch die Verfassung, der Form der politischen Repräsentation, den Quoren. Und der Markt im Sinne eines wirtschaftlichen Systems der spontanen Koordination privater Produktions- und Verbrauchspläne mit Hilfe des Preismechanismus statt eines Zentralplans ist nicht zu verwechseln mit den einzelnen Detailregeln, die den Markt möglich machen und strukturieren. Sowohl der politische "Markt" als auch der ökonomische Markt brauchen Regeln. Zwischen beiden Sphären gibt es enge Verbindungen: Es ist die Politik, die im Rahmen ihrer systemischen Möglichkeiten über die Regeln für den Markt befindet; es ist der Markt, der auch die Kosten des politischen Tuns unerbittlich anzeigt. Beide Sphären setzen einander Grenzen.

Die Denker der Freiburger Schule, auf deren Vorarbeiten die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland beruht, waren zwar

von ihren persönlichen Erfahrungen mit der Demokratie in ihrer Ausprägungsform während der Weimarer Republik nicht eben begeistert. Die Ereignisse von 1933 erklären ihr Befremden. Selbst die frühen Texte von Walter Eucken lesen sich auf den ersten Blick als irritierende Zeugnisse einer Demokratieskepsis. Und doch verweist gerade diese Skepsis mehr auf die Bedeutung der institutionellen Ausformung als auf die Grundsatzfrage. Zudem betonte gerade Eucken stets das Zusammengehören und das Aufeinanderangewiesensein, die Interdependenz der Ordnungen. Die ideelle Klammer, welche die politische (demokratische) mit der wirtschaftlichen (marktlichen) Ordnung verbindet, ist der Gedanke der Freiheit. Die Freiheit ist der höchste aller Werte; kein Mensch darf von anderen "verzweckt" werden, deren willkürlichem Zwang unterliegen.

Zwischen der politischen und der wirtschaftlichen Ordnung gibt es jedoch noch eine weitere Verbindung, eine institutionelle Klammer: das Recht. Es bedarf, wie Friedrich August von Hayek schrieb, einer "Verfassung der Freiheit", eines Rechtssystems, das auf allgemeinen Regeln gerechten Verhaltens beruht, das ordnungspolitisch den richtigen Rahmen setzt und das Freiheit ermöglicht. Die Herrschaft des Rechts setzt den Koordinationsmechanismus des Marktes in die passende Spur, wie sie auch die Demokratie vor dem Entgleisen bewahrt.

Wie steht es heute mit dem Recht? Mit den Regeln? Düster, wie man sieht. Die Regierungen flirteten mit einer Finanzmarkttransaktionssteuer, die Sand ins Getriebe der Märkte streut, anstatt den Zusammenhang zwischen Risiko und Haftung wiederherzustellen; die Notenbanken drucken unablässig Geld; strauchelnde Banken sträuben sich gegen höhere Eigenkapitalunterlegungen; die EU schreitet voran in die Transfergemeinschaft. Es ist kaum zu fassen, daß die Politik systematisch ihre schwersten Fehler wiederholt.

All dies sind Zeichen einer strukturellen Schwäche der politischen Sphäre. Sich über fehlgeleitete Politiker zu beschweren bleibt ebenso wohlfeiles Moralisieren wie die Klage über gierige Händler und unmoralische Bankiers. Jeder neigt zur Gier, wenn man ihn läßt; jeder kann das Maß verlieren, wird ihm kein Spiegel vorgehalten. Wer sich nur vor Mehrheiten verantworten muß, ist von ihnen abhängig; wer sich erpreßbar macht, wird erpreßt. Die Politik besitzt längst den von ihr reklamierten Primat - aber sie nutzt ihn nicht sinnvoll. Es ist die eigentliche Tragik des politischen Prozesses in der modernen Demokratie, daß er keine Mechanismen für den Bestand fester Regeln und für eine verlässliche Selbstbindung entwickelt. Es wäre ein Segen, ließe sich das ändern - auf daß wir uns einmal verlassen könnten auf das, was Alexander Rüstow 1932 beschwor: auf "einen starken Staat, einen Staat oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessenten, da, wo er hingehört".

### **Die Gesellschaft sind Sie!**

*Beitrag von AEU-Vorstandsmitglied Daniel Hoster, in: Christliches Medienmagazin pro, Ausgabe 5/2011, S. 9f.*

Deutschland ist ein schönes Land. Ich lebe gern hier und finde, vieles läuft gut. Zahlreiche Verantwortungsträger haben sich mit Elan, Weisheit und fachkundiger Beratung für dieses Land eingesetzt. Wer wie ich die letzten 15 Jahre zumeist im Ausland gelebt hat, sieht das besonders deutlich. Gutes ganz bewußt zu sehen, darin müssen wir in Deutschland dringend noch besser werden. Deshalb will ich damit beginnen, einige der Heldentaten aufzuzählen, die aus Verantwortungsbewußtsein geleistet wurden.

Mittelständische Unternehmer haben Arbeitsplätze geschaffen - und in Deutschland gehalten -, indem sie mit fleißiger Arbeit, kreativen Innovationen und mutigen Entscheidungen eine profitable Grundlage gesichert haben. Eine Vielzahl

von Stiftern haben von dem Segen ihres Lebenswerkes Stiftungen gegründet, die sich für unzählige wunderbare Wohltätigkeitszwecke einsetzen. Politiker haben großartige, historische Entscheidungen gefällt, ich erinnere nur an die Wiedervereinigung und die beherzte Lösung der Finanzkrise. Väter und Mütter ziehen Kinder groß und geben ihnen die wertvollste und wichtigste Grundlage für ein ganzes Leben mit. Lehrer unterrichten Schüler mit Engagement und Einfallsreichtum. Sie sehen, ich möchte am liebsten alle Berufe aufzählen, mit denen wir so zu tun haben. Richtig wäre das. Denn vom Schalterbeamten bis zum Schuster, vom Feuerwehrmann bis zum Forscher - wir erleben die verschiedensten "Unternehmer", also Menschen, die in ihrem Beruf etwas unternehmen, zuverlässig ihre Aufgaben erledigen, über die Standard-Aufgabenbeschreibung hinausgehen und so gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Viele von diesen Menschen sind obendrein auch noch ehrenamtlich aktiv. Diese Menschen sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Deshalb verdienen sie Respekt, Rücksicht und faire, berechenbare Rahmenbedingungen.

"Wie können Sie angesichts vieler Probleme und auch einiger Fehlentwicklungen eigentlich ein so positives Bild zeichnen?" Diese Frage begegnet mir oft - mit dem stillen Vorwurf, Zuversicht sei naiv, Dankbarkeit sei inaktiv. Aber die Realität ist genau umgekehrt: Dankbarkeit und Zuversicht sind die Wurzeln der Kraft, der Kooperation und der kreativen Konzepte, die wir brauchen. Gerade weil die vor uns liegenden Herausforderungen historischen Ausmaßes sind. Staatsschuldenkrise, Energiewende, Demographie-Falle, Integration und Zukunftsgestaltung sind die größten anstehenden Projekte. Wie gehen wir diese Aufgaben an? Was beobachten Sie? Ich bin erschrocken, häufig Angst und Kleinmut statt klarer Leitbilder, Anspruchsdenken statt Eigenverantwortung und Anklage statt Respekt und Rücksicht wahrzunehmen. Mit solch ego-

zentrischen Attitüden werden wir die Aufgaben nicht erfolgreich schultern. Stattdessen brauchen wir eine verantwortungsvolle Gewinner-Mentalität, die uns hilft, Chancen zu erkennen und zu nutzen.

#### Paradigmenwechsel nutzen

Paradigmenwechsel produzieren Verlierer und Gewinner. Die Musterwechsel, die wir gerade erleben, bieten gewaltige Chancen. Denn sie zwingen uns, gewisse Themen anzupacken, die in Ruhezeiten nicht zu vermitteln wären. Krisenzeiten sind Gelegenheiten, Helden-Charaktere zu formen und Wirtschaftswunder zu erleben. Aber dazu brauchen wir weitsichtige Konzeptionen, klare Führung und viele anpackende Hände. Das ist die große gesellschaftliche Verantwortung, die wir alle haben.

Wenn wir über gesellschaftliche Verantwortung reden, bitte ich Sie, kurz innezuhalten: Oft reden wir von der Gesellschaft als von einer dritten Person. Aber die Gesellschaft ist nicht ein anonymes, selbständiges Wesen, sondern schlicht und ergreifend die Summe aller individuellen Menschen. Die Summe aller Familien, aller Schulen, aller Unternehmen, aller Rentner, aller Behörden, aller Krankenhäuser, aller Kirchen, und so weiter. Spüren Sie, wie bedeutsam gerade Ihr eigenes Denken und Handeln wird? Hüten wir uns also vor den zwei großen Denkfehlern: Zu denken, man wäre ein kleines Licht und der eigene denkbare Beitrag zu unbedeutend. Und zu glauben, es reiche, über die große Politik nachzudenken, dabei aber die scheinbar kleinen Dinge zu vernachlässigen.

#### Was Deutschland braucht

Deutschland braucht Menschen, die große Ziele verfolgen und gleichzeitig die alltäglichen Aufgaben meistern. Helden, die aus persönlicher Integrität auch Kraft für eine gesellschaftspolitische Sicht schöpfen können. Deutschland braucht

einen Fokus auf fünf simple Imperative einer gesunden Gesellschaft:

- Wir brauchen Innovationen und Spitzenleistungen.
- Vertrauen muß immer wieder verdient werden.
- Familie ist der Startpunkt für eine gesunde Gesellschaft.
- Das Wissen um die Verantwortung vor Gott und Menschen ist wichtiger als alle Regelwerke.
- Gutes muß man teilen.

Was heißt das konkret? Der wichtigste gesellschaftliche Beitrag ist es, Spitzenleistung zu bringen. Wir müssen möglichst vielen Menschen ermöglichen, sich mit Begeisterung in ihrer Lieblingsdomäne zu entfalten. Durch gute Ausbildung, gute Vorbilder und gesellschaftliche Wertschätzung von Leistungsträgern können wir dann den Anteil an Spitzenleistern erhöhen. Ich rege an, daß wir uns jede Woche fragen, welche Innovation uns noch in den Sinn kommen sollte. Und daß wir eine Kultur etablieren, in der Ideen gefeiert und wo eben möglich umgesetzt werden.

Dazu gehört ein Klima des Vertrauens, intern und extern. Vertrauen ist der Anfang vom allem. Ein Handschlag gilt, ein mündlich gegebenes Versprechen ist verbindlich, das Geschäftsgebaren muß auf Ehrlichkeit und Vertrauen ausgerichtet sein. Wir brauchen wertorientierte Manager, aber auch vertrauenswürdige Beamte oder Ärzte.

Vertrauen und Engagement lernt man zuerst und zutiefst beim Heranwachsen im sozialen Umfeld der Familie. Was auch immer wir für eine gesunde Gesellschaft brauchen, der beste Ort des Lernens und Trainierens ist die gute alte Kinderstube. Wir lavieren zu viel an Symptomen, statt endlich noch konzentrierter unsere gesellschaftliche Verantwortung im Einsatz für die Institution Familie wahrzunehmen. Berichten wir doch mehr darüber, wie Familie funktionieren kann, wie sie Freude macht und gesunde Beziehungen

ermöglicht. Ob wir Kinder haben oder Familien mit Kindern kennen, wir können uns doch etwas mehr Zeit nehmen, mit Kindern zu spielen, zu essen, einzukaufen. Praktizieren wir doch ein Stück mehr Familie und verstehen die gesellschaftspolitische Bedeutung, die das hat.

Beziehungen hatten die Gründerväter der Bundesrepublik als den wichtigsten Schlüssel gesellschaftlicher Verantwortung im Blick: zu wissen, daß man am Ende des Lebens Rechenschaft vor dem Schöpfer ablegen muß, ist noch wichtiger als alle anderen Kontrollmechanismen. Der Glaube an Gott ist nicht Sache der Kirchen, sondern muß wieder zu einer vernünftigen gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit werden.

Wiederentdeckung christlicher Tugenden

Und selbstverständlich muß es auch wieder werden, Gutes zu teilen. Nicht nur die materiellen Güter, die ja zu einem Großteil schon durch staatliche Aktivitäten umverteilt werden. Vor allem brauchen wir eine Stärkung des Ehrenamts und müssen wieder lernen, Zeit und Ideen zu teilen. Nicht nur gelangweilte Ideenlose sollten sich mitteilen, sondern vor allem die Menschen mit guten Erfahrungen, mit ermutigenden Gedanken und mit gesunden Erfolgen lade ich ein, ihre Rezepte und Einblicke mit der Gesellschaft zu teilen.

In einem Beitrag für die Tageszeitung "Die Welt" schreibt Michael Hüther, Wirtschaftsforscher und Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, unter dem Titel "Eine neue Bürgerlichkeit" folgenden bemerkenswerten Satz: "Die Schuldenkrise muß zu mehr Gemeinsinn führen. Der von den Finanzmärkten verlangte Wandel der Staatlichkeit ist eine Chance für das bürgerschaftliche Engagement der Eliten." Und er präzisiert dann: "Denn das Versorgungsversprechen des modernen Staates wird den Mangel an Mitverantwortung und die Unterversorgung mit Gemeinsinn nicht mehr übertünchen können." Der Ruf nach Gemeinsinn ist

eine Einladung an die Gesellschaft, sich auf christliche Werte zu besinnen. Wer soll Gemeinsinn vorleben, wenn nicht die Menschen, die Gottes warmherzige, bedingungslose Liebe kennengelernt haben? Wer soll die Imperative für eine gesunde Gesellschaft umsetzen, wenn nicht die Christen? Wer soll mitten in der Krise mit Zuversicht die Ärmel hochkrempeln, wenn nicht die Menschen, die Hoffnung haben? Christen sollen das Licht sein, das Orientierung gibt und Mut macht.

Wenn ich in der Bibel lese, finde ich immer wieder Orientierung - sowohl für mein privates Leben als auch für meinen beruflichen Verantwortungsbereich. Und ich bekomme Hoffnung - sowohl für die Ewigkeit als auch für die jetzt vor mir liegenden Herausforderungen. Ich habe erlebt, wie der Glaube an Jesus Christus auch durch Krisenzeiten trägt. Deshalb verstehe ich auch das als gesellschaftliche Verantwortung: den Segen des Gottvertrauens mit anderen Menschen zu teilen.

### **EKD-Gesundheitsdenkschrift erschienen**

Seit Anfang der 90er Jahre ist eine zunehmend wettbewerbliche Ausrichtung des Gesundheitswesens in Deutschland zu beobachten. Hilfsangebote werden als Dienstleistungen begriffen. Versicherte werden als Kunden betrachtet, die mit ihrer Suche nach Qualität den Wettbewerb um die beste Versorgung befördern. Mehr und mehr wird zwischen solidarisch abgesicherten Grundleistungen und privaten Ergänzungsleistungen unterschieden.

Vor dem Hintergrund der christlichen Sozialethik und der diakonischen Verantwortung der Kirche hat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) eine Denkschrift vorgelegt, die nicht nur das Gesundheitssystem im engeren Sinne, sondern auch die Fragen der Gesundheitspolitik und schließlich die Verantwortlichkeit der Gemeinden in den Blick nimmt, Kriterien für eine gute Gesundheitspolitik entfaltet und Empfehlungen für

die zukünftige Gestaltung gibt. Die Denkschrift mit dem Titel "Und unseren kranken Nachbarn auch!" Aktuelle Herausforderungen der Gesundheitspolitik" wurde am 17. Oktober 2011 in Düsseldorf durch den Vorsitzenden des Rates der EKD, Präses Nikolaus Schneider, und den Vorsitzenden der Ad-Hoc-Kommission des Rates der EKD, Professor Dr. Peter Dabrock, Erlangen, der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Denkschrift rufe die theologischen und sozialetischen Grundlagen unseres Gesundheitswesens in Erinnerung, so der EKD-Ratsvorsitzende. "Sie erinnert an den Zusammenhang von Gottesebenbildlichkeit und Menschenwürde, an die Verschränkung von Gottes- und Nächstenliebe, wie sie in Christi Gleichnis vom Weltgericht zum Ausdruck kommt: 'Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.'" (Matth. 25, 40). Die Denkschrift erinnere an die Bedeutung sozialer Teilhabe, die in den Krankenheilungen Jesu sichtbar werde.

Es sei wichtig, auch bezogen auf die begrenzten wirtschaftlichen Ressourcen das rechte Maß nicht aus dem Blick zu verlieren, so Präses Schneider. Aber: "Wirtschaftliche Kalküle alleine reichen nicht aus, wenn es um die Gestaltung von Gesundheitspolitik geht." So müsse etwa im Arzt-Patienten-Verhältnis ebenso wie in den Arbeitsabläufen der Pflegekräfte der Stellenwert der Beziehungszeit gestärkt und diese Stärkung auch ökonomisch gewollt werden. "Derzeit haben sich, gerade auch in der Pflege, die Arbeitsabläufe so verdichtet, daß immer weniger Zeit für das persönliche Gespräch, für Anteilnahme und Begleitung bleibt", so der EKD-Ratsvorsitzende.

Dies gilt angesichts der demographischen Entwicklung in besonderer Weise für die Pflege. "Der Pflegebedürftigkeitsbegriff muß endlich so beschrieben werden, daß er auch soziale und kommunikative Aspekte und psychische Notsituatio-

nen zum Beispiel bei einer Demenzerkrankung angemessen berücksichtigt", forderte Präses Schneider. "Deshalb muß die Pflegeversicherung finanziell so dynamisiert werden, daß die gesetzlichen Leistungen bei steigenden Tarifröhnen und der allgemeinen Preisentwicklung verlässlich bereitgestellt werden können, und sie muß alle Einkommensarten einbeziehen."

Neben aktuellen Empfehlungen lenke die Denkschrift den Blick auch auf größere Zusammenhänge, erklärte der Vorsitzende der Ad-Hoc-Kommission, Professor Dr. Peter Dabrock. "Gerade wenn man Gesundheitspolitik nicht nur als Geschäftsfeld eines gleichnamigen Ministeriums begreift, sondern sie intensiver verknüpfen würde mit anderen zivilgesellschaftlichen und politischen Aktivitäten, erschlossen sich nachhaltig neue Ressourcen zur Verbesserung des gesundheitlichen Status der Menschen im Lande - und so auch zum Vorteil für die klassische Gesundheitspolitik. Mit der vorliegenden Denkschrift bringt die Evangelische Kirche ihre feste Überzeugung zum Ausdruck: Die ohne Zweifel großen Herausforderungen der Gesundheitspolitik sind nur zu meistern, wenn endlich der Blick über die klassischen gesundheitspolitischen Handlungsfelder hinaus geweitet wird." So fordere die Denkschrift, auch Bildungsfragen, Familienförderung oder Fragen der Quartiersentwicklung in den Diskurs über Gesundheitspolitik einzubeziehen. "Umgekehrt bedeutet dies auch: In den genannten Bereichen schlummern bisher noch ungenutzte Ressourcen für ein tragfähiges und menschengerechtes Gesundheitssystem."

Die Herausforderungen seien gewaltig, so Dabrock. Die Krise biete aber auch die Chance, sich der "Potentiale jenseits reiner Marktorientierung zu erinnern, die wir auch haben und nutzen sollten: Solidarität und Mitmenschlichkeit. Die vielfältigen Möglichkeiten, die die EKD benennt, Menschen wieder mehr in den Mittelpunkt der Gesundheitspolitik zu rücken, bieten starke Impulse für ein gerechtes

und nachhaltig tragfähiges Gesundheitssystem. Mit der vorliegenden Denkschrift kann daher eine innovative Gesundheitspolitik möglich gemacht werden."

Die Denkschrift des Rates der EKD "Und unseren kranken Nachbarn auch! Aktuelle Herausforderungen der Gesundheitspolitik" ist erschienen im Gütersloher Verlagshaus (ISBN 978-3-579-05964-8) und ist zum Preis von € 5,99 im Buchhandel zu beziehen. Sie ist auch im Internet unter [www.ekd.de/download/denkschrift\\_gesundheitspolitik2011.pdf](http://www.ekd.de/download/denkschrift_gesundheitspolitik2011.pdf) nachzulesen.

*Pressestelle der EKD*

### **Evangelische Kirchen in Europa zur Krise**

*Stellungnahme des Präsidiums der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) zum EU-Gipfel in Brüssel am 8./9. Dezember 2011*

Der Krise entgegengetreten

(1) Kaum ein Tag vergeht derzeit in Europa und darüber hinaus, an dem sich nicht neue Anzeichen und Symptome einer tiefgreifenden Krise der Gestaltung unseres Wirtschaftslebens zeigen. Viele Menschen sind inzwischen unmittelbar Betroffene. Und die bislang herbeigeführten Entscheidungen und eingesetzten Mittel verpuffen anscheinend mit wenig Wirkung.

Die Krise ist auch zu einer Krise des Vertrauens in die handelnden Institutionen geworden. Viele Menschen sind tief verunsichert. In den vergangenen Monaten sind insbesondere junge Menschen auf die Straßen gegangen, um ihrem Unmut und ihrer Besorgnis über die politische und wirtschaftliche Lage ihrer Länder und Gesellschaften Ausdruck zu geben. Sie bringen das gesellschaftliche Ausmaß der Krise ins Bewußtsein. Keine Institution hat eine vollständige und alleinige Antwort auf diese. Das verloren gegangene Vertrauen wird nur wiederzugewinnen sein, wenn die Suche nach Lösungen im

Dialog geschieht und als lebendiger demokratischer und partizipatorischer Prozeß gestaltet wird.

Wir verstehen die tiefgreifende Beunruhigung der Menschen als eine Aufforderung zum Wiedergewinn des politischen Primats der Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft gegenüber den anonymen Märkten. Die Demonstrationen sind ein Appell, nach einer generationengerechten Lösung der Krise zu streben. Die aufgehäuften Probleme dürfen nicht den nachfolgenden Generationen vererbt werden.

(2) Es ist vor allem die horrende Überschuldung unserer Staaten und Gesellschaften, die diese Krise hervorgerufen hat. Sie stellt damit auch die Frage nach unserem Lebensstil in den westlichen Nationen. Unser staatliches und gesellschaftliches Leben auf (scheinbar) unbegrenzten Kredit hat seine Glaubwürdigkeit verloren und offensichtlich seine Grenze erreicht. Es ist eine tiefgegründete christliche Überzeugung, daß eine Krise auch einen Ruf zur Umkehr und zur Neubewertung beinhaltet. Evangelische Kirchen in Europa beteiligen sich intensiv an den notwendigen Diskussionen und Impulsen zu einem veränderten, verantwortbaren Lebensstil. Diese Diskussionen müssen in unseren Kirchen, Gesellschaften und Staaten intensiver und entschiedener geführt werden, um notwendige Veränderungen zu erreichen und vorzunehmen.

(3) Die Schuldenkrise zwingt vielen Gesellschaften in Europa sehr weitreichende Sparprogramme auf. Die Sozialsysteme müssen neu justiert werden. Dies erscheint unvermeidlich zu sein. Es hat aber bereits derzeit zur Folge, daß noch mehr Menschen in Armut und Arbeitslosigkeit abgleiten. Um so mehr ist daran zu erinnern, daß zu Europa wesentlich das europäische Sozialmodell gehört, in dem Solidarität und Subsidiarität verknüpft sind. In allen anstehenden Reformmaßnahmen sollte dieser Zusammenhang

Beachtung finden: der Stärkere kann mehr Lasten tragen als der Schwächere – dies gilt gesellschaftlich, aber auch zwischen den Staaten Europas.

Die Europäische Union hat 2010 für ihre Mitgliedstaaten das Ziel ausgegeben, bis 2020 20 Millionen Menschen in der EU aus Armut herauszubringen. Daran ist festzuhalten.

(4) Hinter der Schulden- und Haushaltskrise, der eine Finanz- und Bankenkrise vorausgegangen ist, kommt eine massive Ungerechtigkeit zum Vorschein: Die Gewinne werden privatisiert, aber die Verluste und Risiken sozialisiert. Die Finanzwirtschaft muß ihren Beitrag zur Lösung der Schuldenkrise und zum Abtragen der Schulden leisten. Der Vorschlag der Europäischen Kommission zur Einrichtung einer Finanztransaktionssteuer in der EU sollte zügig verabschiedet und umgesetzt werden. Darüber hinaus sollte weiterhin angestrebt werden, daß sie über die EU hinaus auch innerhalb der G20 Geltung erhält.

(5) Die Europäische Union durchlebt in dieser Krise ihre bisher härteste Bewährungsprobe. Gerade deshalb ist aber zu betonen, daß der politische europäische Reinigungsprozeß in Gestalt der Europäischen Union einen Glücksfall in der Geschichte Europas bedeutet, den es zu bewahren und mit Mut und Augenmaß zu bekräftigen gilt. Schon die am Anfang stehende Montanunion verdankte sich einer mutigen Entscheidung angesichts einer dramatischen Wirtschaftskrise im Bereich des Kohle- und Stahlsektors. Daraus ist das bis heute erfolgreiche Modell „einer immer engeren Union der Völker Europas“ (Vertrag von Lissabon) erwachsen. Die Beschlüsse der vergangenen Europäischen Gipfel weisen darauf hin, daß eine engere Kooperation in der Finanz- und Wirtschaftspolitik angestrebt wird. Diese sog. economic governance sollte innerhalb der Gemeinschaftsverfahren mit Beteiligung der Kommission und des Europäischen Parlamentes ver-

ankert werden. Wir sind der Überzeugung, daß der europäische Einigungsprozeß, der über die letzten Jahrzehnte Frieden in Europa gesichert und Wohlstand ermöglicht hat, durch die aktuelle Krise nicht scheitern darf.

Zur Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) - Leuenberger Kirchengemeinschaft haben sich 105 protestantische Kirchen in Europa (und in Südamerika) zusammengeschlossen, Lutherische, reformierte, unierte, methodistische und vorreformatorische Kirchen gewähren einander durch ihre Zustimmung zur Leuenberger Konkordie von 1973 Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft.

[www.leuenberg.eu](http://www.leuenberg.eu)

## Dokumentation

### Integration in Deutschland als "permanente Reifeprüfung der Völker" (Willy Brandt). - Notwendige Klärungen zu einer aktuellen Debatte"

*Vortrag von Dr. Markus Dröge, Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, auf dem Jahresempfang des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer am 21. September 2011 in Frankfurt am Main.*

Vor wenigen Monaten hat der entsetzliche Terrorakt von Anders Breivig in Oslo und auf der Insel Utoya das Thema "Integration" zu einer neuen, traurigen Aktualität gebracht. Der wirre Attentäter richtete nämlich seinen Haß gegen diejenigen, die sich in Norwegen für eine offene Gesellschaft einsetzen, in die Menschen unterschiedlicher Kultur und Religion sich integrieren dürfen und sollen.

So wirr der Attentäter war, so wenig ernst zu nehmen seine Theorien sind und so abwegig seine Bezugnahme auf das, was er für das christliche Abendland hält, ist, so sehr zeigt sich doch wegen der Gefahr der Polarisierung und Radikalisierung die Sensibilität des Themas. Und so ist es mein Anliegen, zur Versachlichung der Diskussion beizutragen.

Ich tue dies mit besonderem Engagement, weil ich die Brisanz des Themas Integration aus Berlin kenne. Schon lange bevor Thilo Sarrazin mit seinem Buch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregt hat, hat der Bezirksbürgermeister von Neukölln, Heinz Buschkowski, der gerade mit 43% (8 % plus) wiedergewählt worden ist (das ist das beste SPD-Ergebnis in einem Berliner Bezirk), in einer wesentlich bodenständigeren Art auf das Thema Integration aufmerksam gemacht. Eine seiner pragmatischen Thesen lautet: "Nichts ist so teuer, wie ein nicht in die Gesellschaft integrierter Mensch." Er macht auf

die Bildungsferne weiter Teile der zugewanderten Bürgerschaft in Neukölln aufmerksam, beläßt es aber nicht bei burschikosen Thesen, sondern arbeitet zum Beispiel mit unserer Diakonie zusammen im Projekt der Stadtteilmütter, die - selbst mit Migrationshintergrund - Frauen ihres eigenen Kulturkreises in die Grundlagen des Lebens in unserer Gesellschaft einführen, oder er organisiert während der Sommerferien Sprachunterricht für zugewanderter Roma aus Bulgarien ("Neuköllner Sommerschule" für Roma).

In Berlin sind ein Drittel der Einwanderer erwerbslos, in Frankfurt sind es weniger als 15%, in München weniger als 10%. Insofern ist das Integrationsproblem in Berlin drängender als in den genannten Städten, obwohl die Einwandererquote mit 23% niedriger ist als in Frankfurt (40%) und in München (30%).

Allerdings: Die Probleme der Integration sind keineswegs neu. - Mein Vorgänger im Amt, Bischof Wolfgang Huber, hat in einem Vortrag im Dezember vergangenen Jahres darauf hingewiesen, daß bereits unter der Regierung Willy Brandt dieses Thema entdeckt worden ist.<sup>1</sup> In dessen Rede zur Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit 1971 hat er darauf aufmerksam gemacht, daß die Frage, wie eine Gesellschaft mit Minderheiten in ihrer Mitte umgeht die "permanente Reifeprüfung der Völker" genannt werden kann. Ich halte diesen Vergleich für treffend. Er beschreibt die Integration als einen Prozeß, der auch das Land verändert, das Menschen aufnimmt. In diesem Sinne wird Deutschland sich durch die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund nicht abschaffen, aber verändern, und - wenn es gut geht - "reifer" werden, also zu einer noch stärker gefestigten demokratischen Gesellschaft werden.

---

<sup>1</sup> Wolfgang Huber, Verschieden und doch gleich. Integration und Menschenbild. Willy Brandt Lecture 2010, Humboldt-Universität zu Berlin, 7.12.2010. - Wesentlichen Grundgedanken meines Vortrages wurden durch die Informationen und Thesen dieser Vorlesung angeregt.

Wer auch nur einen kleinen Einblick hat in die soziale Arbeit etwa der Diakonischen Werke oder der Caritas, der weiß, wie weit sich die soziale Arbeit in unserem Land bereits auf die Probleme eingestellt hat und der weiß auch, daß weder ein Katastrophenszenario noch das Übergehen der real existierenden Probleme unserer Gesellschaft gut tun.

Ich möchte in drei Schritten auf das Thema eingehen:

1. Zahlen und Probleme
2. Was sollte Integration leisten?
3. Ansätze zur Integration von Muslimen

#### 1. Zahlen und Probleme

Von wem reden wir eigentlich, wenn es um die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger geht?

Wir reden von sogenannten Menschen mit "Migrationshintergrund". Darunter werden in amtlichen Statistiken alle Eingewanderten, Ausländer, Eingebürgerte sowie Deutsche mit mindestens einem Eingewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil gerechnet. Gut 15 Millionen Personen mit Migrationshintergrund in diesem Sinne leben in Deutschland. Von diesen 15 Millionen sind allein fünf Millionen Spätaussiedler. Ein Drittel der knapp sieben Millionen Ausländer (also etwa 2,3 Millionen) sind Bürger von EU-Staaten. Ein Viertel (also etwa 1,8 Millionen) sind türkische Staatsangehörige. Menschen die aus muslimisch geprägten Herkunftsländern stammen, werden auf ca. 3,8 bis 4,3 Millionen geschätzt. Nur ein Fünftel davon gehört einer religiösen Vereinigung an also etwa 800.000. Die Zahl der Katholiken unter den Zugewanderten ist immer noch größer als die Zahl der Muslime.

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund nimmt pro Jahr etwa um 200.000 Menschen zu, während die Wohnbevölkerung gleichzeitig um etwa 100.000 Menschen sinkt. Zuwanderung und Abwanderung halten sich inzwischen ungefähr die

Waage. Fast überhaupt nicht wird das Problem der Abwanderung thematisiert. Es verlassen mehr Menschen mit akademischer Qualifikation Deutschland als zuwandern.

Das eigentliche Problem unserer Gesellschaft ist die Alterspyramide, die auf dem Kopf steht. Wir werden älter: a) weil die Lebenserwartung ansteigt und b) weil die Zahl der Geburten seit Jahren kontinuierlich abnimmt. Der Spruch Konrad Adenauers: "Kinder kriegen die Leute sowieso" gilt leider nicht mehr.

Besonders traurig ist, daß in den neuen Bundesländern nach der Wende ein starkes Einknicken der Geburtenrate stattgefunden hat. Offensichtlich besteht so wenig Zukunftshoffnung, daß der natürliche Wunsch nach Kindern überlagert wird von der Sorge, man könne der Verantwortung für ein Kind nicht mehr gerecht werden. Oder aber das gesellschaftliche Verständnis von Lebensqualität deckt sich nicht mit den Herausforderungen, die die Erziehung von Kindern darstellt. Ein Lichtblick ist, daß Umfragen unter Jugendlichen zeigen, daß "Familie" ein Wert ist, der zunehmend wichtig genommen wird.

Ich spitze zu: Wären wir ein Volk, das hoffnungsvoll in die Zukunft schauen würde, das Kinder als Reichtum und Bereicherung wertet und in dem Elternschaft und Familie stark unterstützt, gefördert, anerkannt würde, dann hätten wir es nicht nötig, uns durch demographische Prognosen und die Zuwanderung von Menschen anderer Kultur oder Religion bange machen zu lassen. Ein Klima der Angst macht Integration zum Problem. Eine Nation, die sich in Aufbruchsstimmung befindet, kann leichter Fremde integrieren.

Eine Versachlichung der Debatte muß also dazu beitragen, die demographischen Zahlen ernst zu nehmen und gerade deshalb Integration als zu gestaltende Aufgabe zu verstehen.

Was sind die gegenwärtigen Probleme? Problematisch ist vor allem, daß wir keine transparenten und nachvollziehbaren Regeln für eine Zuwanderung haben. Solche Regeln müßten sich durchaus an den wirtschaftlichen Notwendigkeiten ausrichten. Sie müßten Qualitätsanforderungen an die Zuwandernden stellen. Davon zu unterscheiden sind aber ebenso notwendige Zuwanderungsregeln aus humanitären Gründen. Wir brauchen also eine doppelte Zuwanderung: die "Eigennützig" und die Humanitäre. Das eine ist für unsere Gesellschaft notwendig, daß andere ist ebenso notwendig, wenn wir unsere Identität als eine offene und humanitäre Gesellschaft bewahren wollen.

Problematisch ist die Minderheit von 14% unter den Muslimen, die sich distanziert gegen unsere rechtsstaatliche Demokratie verhalten oder politisch religiöse Gewalt bejahen. Die letzte Shell-Jugendstudie etwa hat gezeigt, daß bei männlichen jungen Muslimen die Bejahung religiös motivierter Gewalt in einem Zusammenhang gesehen werden kann mit einer starken religiösen Identifikation. In gleicher Weise lehnen stark religiös eingestellte muslimische Jugendliche auch Andersgläubige ab. Religiöse Überzeugungen unter jungen Muslimen scheinen also Intoleranz und Gewaltbereitschaft zu fördern. Gleichzeitig hat die Studie ergeben, daß bei jungen Christen starke religiöse Überzeugungen eher mit Toleranz und Gewaltverzicht in Zusammenhang zu bringen sind.

Ein weiteres Problem ist die Tendenz, die es unter muslimischen Jugendlichen gibt, dem Islam einen Status der Überlegenheit zuzusprechen. Schüler deutscher Sprache und Herkunft werden herabwürdigend behandelt, Deutsche generell als aussterbende Spezies beurteilt, der christliche Glaube als Verfälschung des reinen Monotheismus und damit der einzig wahren muslimischen Religion interpretiert.

Allerdings muß gleichzeitig gesehen werden, daß nur zehn bis fünfzehn Prozent der Menschen (sowohl mit und ohne Migrationshintergrund) ein negatives Bild der Integrationsbemühungen haben. Wichtige Zuwanderungsgruppen haben ein durchaus vergleichbares Bildungsniveau erreicht wie die deutsche Mehrheitsbevölkerung. Die größten Integrationsdefizite gibt es bei Türken, bei Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien und bei Afrikanern. Spätaussiedler, Zuwanderer aus Südeuropa, aus anderen EU-Ländern sowie aus Asien verfügen oft über einen guten Bildungsstandard und sind dadurch auch gut integriert.

Problematisch und unsachgemäß ist es also, Probleme nur einer bestimmten Religionszugehörigkeit zuzuschreiben. Dies ist geradezu kontraproduktiv. Amartya Sen, der indische Nationalökonom und Nobelpreisträger, hat in seinem Buch "Identitätsfalle" eindrücklich beschrieben, wie man durch eindimensionale Identitätsfestschreibungen den Kampf der Kulturen schürt. Wer die Identität von Menschen nur aus einer Perspektive bestimmen will, wird dem Selbstverständnis von Personen nicht gerecht, die heute in starkem Maß von einer multiplen Identität geprägt sind. Menschen sind männlich oder weiblich, jung oder alt in unterschiedlicher Weise gebildet, sie haben unterschiedliche Berufe und unterschiedliche Interessen. Sie haben unterschiedliche politische Auffassungen, unterschiedliche Nationalität, Kulturprägung und unterschiedliche religiöse Überzeugung.

Erschreckend ist, was eine Untersuchung Ende vergangenen Jahres ans Licht gebracht hat: Daß die sogenannte "gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" in letzter Zeit in unserer Gesellschaft rapide zugenommen hat und inzwischen auch bis in gut bürgerliche Schichten hinein salonfähig geworden ist.

## 2. Was sollte Integration leisten

Was sollte dem gegenüber nun Integration leisten? Integration kann nicht bedeuten, daß eine bestimmte Leitkultur vorgegeben wird, die kulturelle Festlegungen beinhaltet. Dies würde unserem freiheitlichen Gesellschaftssystem widersprechen. Integration kann aber auch nicht ein unverbindliches Nebeneinanderher-Leben im Sinne eines seichten Multikulturalismus bedeuten. Parallele Gesellschaften führen, sofern in ihnen unterschiedliche Grundwerte und Grundrechte vertreten werden, dazu, daß der notwendige Zusammenhalt einer Gesellschaft in Gefahr gerät.

Sinnvoll erscheint ein dritter Weg: Bestimmte Bedingungen formaler Art festzuschreiben, innerhalb derer sich das Leben in unterschiedlichen religiösen und kulturellen Formen entwickeln kann und soll. Und hier gibt es nun durchaus verbindliche Rahmenbedingungen, deren Einhaltung für eine gelungene Integration unumgänglich ist:

a.) Unsere Gesellschaft baut auf dem Respekt vor der gleichen Würde des Anderen auf. Die Universalität der Menschenrechte ist festzuhalten und zu verteidigen. Bei den Menschenrechten gilt nicht das Sprichwort: "Andere Länder, andere Sitten" und auch nicht die These "Andere Kulturen, andere Menschenrechte". Ein solcher Kulturrelativismus würde im Kern den Gedanken der Menschenrechte auflösen. Die Menschenrechte müssen vielmehr als das global gewachsene und aus unterschiedlichen religiösen und kulturellen Quellen gespeiste gemeinsame Erbe der einen Menschheit angesehen werden. Und diese Menschenrechte beinhalten elementare individuelle Rechte, wie das Recht die Religion zu wechseln, wie die Gleichberechtigung der Geschlechter oder die Absage an die Todesstrafe.

b.) Die Unterscheidung von Staat und Religion. Wer in Deutschland eine Heimat sucht, der muß wissen, daß hier kein

"Gottesstaat" zu bauen ist. So wie die christliche Kirche nur mit ihrem Wort, also in ihrer Verkündigung und in ihren Stellungnahmen christlich ethische Überzeugungen in die öffentliche Diskussion einbringt, so muß dies auch zweifellos eine andere Religion tun dürfen. Das bedeutet: So wenig die Kirche fordert, die biblische Tradition als Rechtsquelle festzuschreiben, so wenig kann die Scharia bei uns als Rechtsquelle etabliert werden. Es kann auch nicht geduldet werden, daß religiöse Scharia-Gerichte unsere Rechtsprechung unterlaufen.

c.) Unsere Gesellschaft ist darauf aufgebaut, daß Menschen miteinander kommunizieren, ihre Überzeugungen zur Diskussion stellen und sich mit ihren Überzeugungen der Kritik stellen. Bereitschaft zur Kommunikation ist also von Menschen, die bei uns beheimatet werden wollen, einzufordern. Dazu gehört es auch, die Verkehrssprache des Landes zu lernen. So bin ich der Überzeugung, daß das Tragen einer Burka, die das gesamte Gesicht verhüllt, in unserer Gesellschaft nicht zu akzeptieren ist. Ich muß mein Gegenüber in dem was er sagt einschätzen können und dazu gehört es auch, seinen oder ihren Gesichtsausdruck und das Mienenspiel erkennen zu können.

Wer sich diese Rahmenbedingungen vor Augen führt, der erkennt, daß es durchaus spezifische Probleme bei der Integration von Mitbürgerinnen und Mitbürgern muslimischen Glaubens geben kann. Die Frage wie der Islam die Aufgabe bewältigt, sich mit der Menschenrechtstradition konstruktiv auseinanderzusetzen, wird sicherlich zentral sein für die Frage der Integration muslimischer Menschen in unserem Land.

In diesem Zusammenhang beobachte ich mit großer Spannung die Entwicklung in Ägypten. Immerhin befindet sich in Kairo die weltweit angesehenste theologisch muslimische Universität Al Azhar. Es wird von herausragender Bedeutung sein, wie die neue Verfassung in Ägypten formuliert

wird. Der Versuch des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan, den türkischen Laizismus als Modell anzupreisen, ist offensichtlich soeben fehlgeschlagen. (Vorgestern habe ich mit Bischof Damian von der koptischen Kirche gesprochen. Er sagte mir, die koptischen Christen in Ägypten würden ein solches türkisches Modell bevorzugen. Aber mit diesem Vorschlag habe Erdogan in Ägypten alle seine Sympathien verspielt.) Es ist also weiterhin offen, was es bedeutet, daß in Artikel II dieser Verfassung die Scharia als die Rechtsquelle benannt ist. Wird es gelingen, dennoch eine Verfassung zu formulieren, die die Menschenrechte und besonders die Religionsfreiheit in angemessener Weise berücksichtigt?

Letztlich steht hinter der Frage der Integration die Frage nach dem Menschenbild. Trauen wir es den Menschen, die zu uns kommen und unserer Gesellschaft zu, die "Reifeprüfung der Völker" zu bestehen? Ist unsere Gesellschaft in der Lage Unterstützungen zu bieten, damit Menschen, die zu uns kommen, ihre sozialen Probleme, ihre psychologischen Probleme und ihre religiösen Identitätsprobleme bewältigen können und trauen wir es den Menschen, die zu uns kommen, zu, sich engagiert diesen Herausforderungen zu stellen? Werden wir es schaffen, eine tolerante zukunfts offene Gesellschaft zu sein, die aber gleichzeitig verbindliche Rahmenbedingungen einzufordern weiß, die also Toleranz verbindet mit Intoleranz gegenüber Intoleranz?

Um eine Integration in diesem Sinne zu befördern, setzt sich die Evangelische Kirche für islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, für konfessionelle Islamkunde in theologischen Fakultäten und für die Möglichkeit muslimisch getragener Sozialarbeit im Rahmen unseres Subsidiaritätsprinzips ein.

3. Ansätze zur Integration von Muslimen  
Hier in Deutschland gibt es viele gute Ansätze von muslimischer Seite, damit gerade junge Muslime Hilfestellungen be-

kommen, sich als Muslime in unsere Gesellschaftssystem einzubringen, einzufügen und sich in unserer Gesellschaft wohl und zuhause zu fühlen.

Ich nenne drei Beispiele:

1. Die Initiative des Sozial- und Religionswissenschaftlers Rauf Ceylan, der eine Untersuchung des Alltagslebens der Imame in Deutschland durchgeführt hat. Er hat dabei erkannt, wie wenig die Imame selbst in unsere Gesellschaft integriert sind. Er wirbt nun dafür, bei der Integration der Imame anzusetzen. Solange die Imame aus anderen Ländern zu uns kommen, brauchen sie hier Fortbildungsmöglichkeiten um das Leben in unserer Gesellschaft zu verstehen, und sie brauchen Sprachunterricht. Die Imame als Erzieher und Vertrauenspersonen müssen zunächst selbst integriert werden, um anderen bei der Integration zu helfen. Auf Dauer aber muß es gelingen, die Imamausbildung in Deutschland selbst durchzuführen.

2. Beachtenswert ist auch die Initiative der Islamwissenschaftlerin und Lehrerin aus Duisburg Lamya Kaddor, die Mitbegründerin des liberal-islamischen Bundes ist. Sie hat erkannt, daß die Mehrheit der Muslime in Deutschland, die nicht fundamentalistisch denken, noch kaum Vereinigungen haben, die ihre Ansichten repräsentieren. Solche Vereinigungen aber sind nötig, um den gut integrierten Muslimen eine Stimme in unserer Gesellschaft zu geben, die das Bild des Islam verändern kann und die Interessenvertretung wahrnehmen kann.

3. Ich denke ich an das Jugendprojekt "Deukische Generation" in Berlin, gegründet von einer jungen Deutsch-Türkin, Aylin Selcuk, die hier in Berlin aufgewachsen ist und von sich selbst sagt: "An mir ist alles deutsch. Nur meine Eltern sind türkisch." Der Verein Deukische Generation veranstaltet Perspektiv- und Motivations-Workshops für türkische Schülerinnen und Schüler, hat ein Patinnenprojekt gestartet, bei dem türkische Studentinnen

türkische Schülerinnen begleiten oder auch eine Demonstration "Gemeinsam gegen Sarrazin, Diskriminierung und Intoleranz". So soll der Deukischen Generation eine Stimme gegeben und Unterstützung geboten werden.

Solche Initiativen spiegeln realistisch wider, was Menschen empfinden und denken, die als Muslime (bzw. als Menschen, die aus einem islamisch geprägten Kulturkreis zu uns gekommen sind und als Mitbürgerinnen und Mitbürger unter uns leben). Solche Projekte können wesentlich zur Integration beitragen.

Bei den letzten Fußballweltmeisterschaften der Herren und auch der Damen wurde deutlich, wie multikulturell unsere deutschen Fußballnationalmannschaften inzwischen geworden ist. Gut integrierte, leistungsbereite junge Frauen und Männer haben da für die Ehre Deutschlands gespielt.

Vielleicht ist es gut, einmal ganz unideologisch hinzuschauen, wie die Integration in einer solchen Fußballmannschaft gelingt. Mit Interesse habe ich gelesen, wie der Trainer des SC Freiburg, Robin Dutt, sein Rezept beschrieben hat:

1. Die Spielregeln stehen fest und werden nicht diskutiert.
2. Ausländische Fußballer, die in den Verein kommen, müssen von Beginn an Deutschunterricht nehmen, denn ohne die Sprache zu kennen, kann keine Mannschaft entstehen.
3. Wenn diese Regeln akzeptiert sind, dann kann jeder seine kulturelle und religiöse Prägung durchaus beibehalten und leben.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

## **Hessen für die Zukunft sichern - Integration ist Herausforderung und Perspektive**

*Vortrag von AEU-Mitglied Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit im Rahmen des Treffens der regionalen Arbeitsgruppen des AEU in Wiesbaden-Mainz und im Rhein-Main-Gebiet am 10. November 2011 in Wiesbaden.*

Integration ist ein wesentliches Zukunftsthema unserer Gesellschaft und gehört daher seit vielen Jahren zu den Schwerpunkten der Hessischen Landesregierung. In dieser Legislaturperiode wurde die Thematik noch weiter ins Zentrum der politischen Agenda gerückt. Unsere Leitlinie hierzu lautet "Vielfalt in Hessen leben und gestalten".

### **Eine Willkommenskultur etablieren**

Mir erscheint es hierbei wesentlich, in unserem Land eine neue Willkommenskultur zu etablieren, die Vielfalt als Bereicherung für unsere Gesellschaft erkennt. Menschen müssen erleben, daß sie hier willkommen sind und daß wir sie mit dem, was sie mitbringen, als Bereicherung empfinden. Gerade für ein weltoffenes Land wie Hessen, das auch wirtschaftlich als "global player" wahrgenommen werden will, wird dies zukünftig ein wesentlicher Standortvorteil sein. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es wichtig, eine Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen und am wirtschaftlichen Leben und damit insbesondere am Arbeitsmarkt zu ermöglichen, denn gerade Erwerbsarbeit spielt eine zentrale Rolle bei der Integration. Die Ressourcen und Potentiale der Menschen mit Migrationshintergrund in unserem Land müssen ausgeschöpft und gefördert werden. Ziel der Landesregierung ist daher auch die deutliche Verbesserung des Zugangs von Zugewanderten zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Menschen mit Migrationshintergrund verfügen häufig über besondere Erfahrungen, erweiterte Perspektiven, Fremdsprachenkenntnisse und interkulturelle Kompetenzen. Diesen Ressourcen wird zum Teil noch zu wenig Bedeutung beigemessen, dabei sind gerade wir in Hessen mit unseren weltweiten wirtschaftlichen Verflechtungen auf solche Vielfalt und Internationalität angewiesen. In diesem Prozeß leisten gerade Unternehmer einen besonders wertvollen Beitrag. Sie wissen es zu schätzen, wenn sie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, die sich mit der Kultur anderer Länder auskennen und denen der kulturelle Brückenschlag zum Geschäftspartner gelingt. Deutschland als Exportweltmeister kann es sich gar nicht leisten, ohne solche Kompetenzen aufzutreten, wenn es seine Produkte und Dienstleistungen weiterhin erfolgreich am Weltmarkt plazieren will.

Integration(spolitik) ist alternativlos

Wir alle wollen, daß sich unsere Gesellschaft in den nächsten Jahren positiv weiterentwickelt. Respekt, Wertschätzung und Verständnis bilden den Rahmen für unser gemeinsames Miteinander. Eine wichtige Grundlage hierfür bilden eine starke Wirtschaft und Menschen mit Herz, die Chancen erkennen und den Gedanken der Zusammengehörigkeit in den Vordergrund stellen. Bereits mit dem im März 2000 beschlossenen Integrationskonzept hat die Hessische Landesregierung erste Grundlagen für die Integrationsarbeit gelegt. Dort wurde in zu dieser Zeit einmaliger Deutlichkeit Integration als Zukunftsaufgabe beschrieben. Schon damals wurde klar herausgearbeitet, daß es keine Alternative zur Integration gibt; daß sie der gesamten Gesellschaft durchaus ein hohes Maß an Toleranz abverlangt; und daß unsere Verfassung mit dem Leitbild der Menschenwürde das Wertefundament für Integration bildet.

Die eingeleiteten Maßnahmen haben nicht nur die Integrationspolitik in Hessen neu begründet, sondern inzwischen bun-

desweit zu einem Paradigmenwechsel geführt. "Frühe Sprachförderung", "Integration als wechselseitiger Prozeß", oder "Integrationsbeiräte" sind nur einige der zu dieser Zeit neuen Stichworte, die - obwohl damals z. T. heftig umstritten - heute zum "common sense" zählen. Und - das ist nicht vielen bekannt: Auch der Nationale Integrationsplan auf Bundesebene hat konzeptionell in Hessen seinen Ursprung! Durch die energischen politischen Maßnahmen haben wir in unserem Land eine neue Integrationskultur geschaffen, die als Impulsgeber weit über Hessen hinaus beispielhaft auch für andere sein kann. Dies zeigt sich in den vergangenen Jahren auch deutlich an der zunehmenden Verankerung der Thematik in anderen Landesregierungen. Es ist mittlerweile Allgemeingut, daß Deutschland tatsächlich ein Einwanderungsland ist und daß eine gezielte und paßgenaue Integrationspolitik das Miteinander fördert und entfaltet.

Integrationspolitik als Planungshilfe

Solch eine paßgenaue und nachhaltige Integrationspolitik darf sich nicht auf Gefühle und Vermutungen stützen. Die Hessische Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, eine Planungs- und Entscheidungsgrundlage für eine langfristig erfolgreiche, nachhaltige Integrationspolitik zu schaffen: Auf Landesebene wurde deshalb im Herbst 2010 der erste Hessische Integrationsmonitor "Integration nach Maß" der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Landesregierung steht damit ein wissenschaftlich fundiertes Instrument zur Verfügung, mit dem Stand und Fortschritt der Integration in den verschiedenen integrationspolitischen Handlungsfeldern anhand von Zahlen, Daten und Fakten sichtbar gemacht werden kann. Er gibt Einblick in wesentliche Bereiche der Integration, z. B. Bildung, Sprache, Arbeit.

Aktuell verdeutlicht der Integrationsmonitor einen Handlungsbedarf im Bereich der frühkindlichen, der Schul- sowie der beruflichen Bildung. So ist es wünschens-

wert, daß Kinder möglichst früh die deutsche Sprache lernen und im Bildungssystem Fuß fassen. Allerdings besuchte 2009 gerade einmal jedes zehnte Kind unter drei Jahren mit Migrationshintergrund eine Kindertageseinrichtung, und damit nur halb so viele wie ohne Migrationshintergrund. Ausländische Schulabgänger waren 2010 fast dreimal häufiger ohne einen Schulabschluß als deutsche. Fast ein Drittel der deutschen Jugendlichen erreichte im selben Jahr die Hochschulreife, von den ausländischen Schulabgängern war es nur etwa jeder Zehnte. Hier muß noch viel getan werden.

Ein Fokus der hessischen Integrationspolitik liegt weiterhin auf der sprachlichen Integration. Zudem soll beispielsweise das bürgerschaftliche Engagement von Zuwanderern stärker unterstützt werden. Ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten werden mehr als doppelt so oft von Personen ohne wie mit Migrationshintergrund ausgeübt (12,5% vs. 5,3%, 2008). Unsere Gesellschaft lebt vom Mitmachen. Wir brauchen dafür jeden Einzelnen. Deshalb ist das Ehrenamt für uns von besonderer Bedeutung. Hessen stimmt sich beim Monitoring im übrigen bundesweit ab. Es wirkt in einer eigens ins Leben gerufenen Arbeitsgruppe mit, die sich auf einen Indikatorenatz geeinigt und einen länderübergreifenden Integrationsmonitor erarbeitet hat. Der Integrationsmonitor aller Bundesländer wurde auf der sechsten Integrationsministerkonferenz im Februar 2011 in Mainz vorgestellt. Da Integration in erster Linie "vor Ort" stattfindet, ist es außerdem wünschenswert, daß auch Kommunen ein Monitoring aufbauen. Zum Integrationsmonitoring auf kommunaler Ebene - insbesondere außerhalb des großstädtischen Raumes - liegen erst wenige Erfahrungen vor. Daher soll der Aufbau eines solchen Systems in den "Modellregionen Integration" erprobt werden. Die Erfahrungen der Modellregionen sollen auch anderen hessischen Kommunen zugänglich gemacht werden.

Die Modellregion Offenbach zum Beispiel hat im Rahmen des Programmes den Anteil der Personen mit Migrationshintergrund insgesamt, nach Stadtteilen und sogar nach Altersgruppen ausgewiesen. Im Stadtgebiet betrug 2010 der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund 55,2%, im statistischen Bezirk "Mathildenschule" waren es sogar 73,8%. - Solche Zahlen erleichtern die kommunale Planung erheblich! Wir sind der Auffassung, daß Integrationsmonitoring nicht bei strukturellen Faktoren wie Bildung und Beschäftigung stehenbleiben sollte. Auch das, was die Menschen darüber hinaus bewegt, nehmen wir ernst und wollen es in unsere Politik aufnehmen.

Das ist nicht einfach, denn es fehlen oft die notwendigen Daten. Deshalb haben wir ergänzend zum Hessischen Integrationsmonitor die Studie "Meinungsbilder", erstellt und im Sommer dieses Jahres veröffentlicht. Sie beruht auf einer repräsentativen Befragung von Hessinnen und Hessen mit und ohne Migrationshintergrund. Sie ergänzt und vertieft die Ausleuchtung der sozialen, der kulturellen und der identifikatorischen Dimension der Integration und ist auf großes mediales Interesse gestoßen. Und - das freut uns besonders - auch viele Bürger haben uns zu der Studie positive Rückmeldungen gegeben!

Die Meinungsbilder zeigen: Hessen ist weiter, als wir gemeinhin vermuten! In vielen Fragen unterscheiden sich die Auffassungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund nur geringfügig. Die Gegenüberstellung von "wir Einheimische" einerseits und "die Zugewanderten" andererseits erscheint überholt. Die deutliche Mehrheit der Personen mit und ohne Migrationshintergrund fühlt sich als ein Teil von Hessen: 94% der Hessen ohne Migrationshintergrund fühlen sich in ihrem Bundesland wohl, 59% fühlen sich sogar sehr wohl. Unter den Menschen mit Migrationshintergrund sind es 86%, die sich wohl fühlen in Hessen, unter den Menschen mit eigener Migrationserfah-

rung sogar 91%! Zugewanderte sind also "angekommen", ihre Kinder "gehören dazu". Integrationsprobleme scheinen eher aus einem schwachen sozialen Status zu resultieren als von der geographischen oder kulturellen Herkunft bestimmt zu sein - auch darin sind sich Hessen mit und ohne Migrationshintergrund laut den Ergebnissen der Studie einig.

#### Integration als politische Herausforderung

Die Daten zeigen uns, daß ein Viertel der hessischen Bevölkerung einen Migrationshintergrund hat. Die Altersstruktur macht deutlich, daß dieser Anteil in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen wird. Diese zunehmende Vielfalt unserer Gesellschaft zeigt, daß Integration kein Nischen-Thema mehr ist. Sie birgt Chancen, aber auch Herausforderungen. In jedem Fall verlangt sie von uns allen, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, die Bereitschaft, sich auf Veränderungen einzulassen. Daher hat die Landesregierung in 2009 das Programm Modellregionen Integration ins Leben gerufen. Das Hauptaugenmerk des Programms liegt auf drei Schwerpunktbereichen:

- strukturelle Veränderungen in den bestehenden Institutionen und Angeboten, um die Integrationsbedingungen zu verbessern,
- Vernetzung von Akteuren und Aufbau von nachhaltigen Beteiligungsstrukturen,
- Schaffung von Transparenz über die bestehenden Angebote.

Das Programm hat zum Ziel, bestehende Regelstrukturen so zu verändern, daß sie für alle Zielgruppen offen sind, ohne Sonderwege für Menschen mit Migrationshintergrund zu beschreiten.

Das bedeutet nicht, daß spezifische Bedürfnisse und Lebenslagen von Menschen nicht mehr in spezifischen Maßnahmen berücksichtigt werden. Im Gegenteil, gerade diese Unterschiedlichkeit und Vielfalt wird bereits im Stadium der Konzipierung bei allen Angeboten und Dienstleistungen eingebunden. Denn: Nur durch die Berücksichtigung von Unter-

schieden kann Diskriminierung vermieden werden. Mit dieser Strategie verhindern wir, daß scheinbar neutrale Maßnahmen und Angebote der Regelstrukturen und Regelinstitutionen faktisch zu Benachteiligungen einzelner Gruppen führen. Der Aufbau und die Vertiefung von Netzwerken mit unseren kommunalen Partnern im Modellregionenprogramm sind daher von ebenso zentraler Bedeutung wie die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund bei der Konzeption und Umsetzung des Programms.

#### Vorbildliche Integrationsmodelle

Integration begreifen wir in Hessen nicht als Politik für Minderheiten. Vielmehr ist unsere Integrationspolitik darauf ausgerichtet, in die gesamte Gesellschaft hineinzuwirken. Welche Chancen und Möglichkeiten eine gelungene Integration für alle in Hessen bedeutet, läßt sich am besten an einigen Beispielen aus den Modellregionen verdeutlichen:

Leistungsstarken Jugendlichen zwischen 16 und 23 Jahren mit Migrationshintergrund bessere Bildungschancen zu eröffnen, ist das Ziel von "Fuß fassen durch Bildungserfolg - Bildungsmentoren, Praktika und Workcamps in der Oberstufe" - ein Projekt der Modellregion Integration Kassel. Netzwerke zwischen Jugendlichen aus der schulischen Oberstufe und Kasseler Bürgern werden aufgebaut und sollen dabei helfen, Praktika zu vermitteln. Der persönliche Kontakt ist es aber, der das Besondere ist und der zum Erfolg beiträgt. Die engagierten Bürger möchten Vorbilder sein, noch mehr aber vertrauensvolle Ansprechpartner, deren eigene Erfahrungen gefragt sind.

Integrationspolitische Bedarfe können nur dann authentisch ermittelt werden, wenn es uns gelingt, Menschen mit Migrationshintergrund und Migrantenselbstorganisationen mehr als bisher als gleichberechtigte Partner anzuerkennen. Eine Prämisse des Modellregionenprogramms ist es deshalb, bei der Erstellung von Konzepten und Entwicklung von Pro-

jekten diese entsprechend mit einzubeziehen. So daß ich zum nächsten Beispiel komme:

Die Stadt Offenbach fördert im Rahmen des Programms die Arbeit von aktiven Migrantenselbstorganisationen - kurz: MSO - beispielsweise bei der Entwicklung und Durchführung von Projekten. Insbesondere wird mit den MSOs abgestimmt, welche Maßnahmen kommunaler Integrationsarbeit ergänzt werden können. Die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden dabei qualifiziert, um die MSO nachhaltig zu professionalisieren und als gleichberechtigten Partner aufzubauen. Gleichzeitig erfolgt aber auch ein Kompetenztransfer von der MSO hinein in die städtischen Strukturen. Das dient der interkulturellen Öffnung der städtischen Verwaltungsstrukturen, ist also eine win-win-Situation für alle Beteiligten!

Noch ein Beispiel aus der Modellregion Offenbach: ein Projekt zur interkulturellen Öffnung am Beispiel der Werkstätten Hainbachtal. Türkeistämmige Angehörige werden ermutigt, sich aktiv und gestaltend mit der Situation ihrer behinderten Familienangehörigen in der Familie, den Werkstätten-Hainbachtal und der Stadt Offenbach auseinander zu setzen. Ziel ist es, daß Familienangehörige das Gesundheitssystem und die Behindertenhilfe in Deutschland und Offenbach kennenlernen; daß sie die Angebote bewußt nutzen; und daß sie ihre eigenen Ressourcen erkennen und somit ihre Bedürfnisse selbstbewußt formulieren. Mittelfristig soll eine Selbsthilfegruppe gegründet werden, die eigenständig agieren kann. Damit wird der Integrationsprozeß der gesamten Familie deutlich voran gebracht.

#### Ressourcen und Potentiale nutzen

An diesem Beispiel wird auch eine weitere wichtige Anforderung des Programms deutlich: Wir wollen - ohne Probleme und Schwierigkeiten zu leugnen - stärker als bisher an den Ressourcen und Potentialen von Menschen mit Migrationshintergrund ansetzen.

Eine ganze Reihe von Zuwanderern verfügt über eine exzellente, in ihren Herkunftsländern erworbene Qualifikation. Leider stellt die Anerkennung dieser Abschlüsse in Deutschland immer wieder eine große Hürde dar. Viele der Betroffenen arbeiten daher auf Arbeitsstellen weit unter ihrer tatsächlichen Qualifikation. Daher hat die Stadt Wiesbaden mit unserer Förderung eine kommunale Erstberatungsstelle eingerichtet, die bundesweite Aufmerksamkeit genießt. Seit dem Jahr 2010 sind dort über 160 Personen aus 30 Nationen beraten worden. Ein wichtiger Baustein des Projekts ist auch die Verbesserung der Datenlage in diesem Themenfeld. Bisher werden die im Herkunftsland erworbenen Qualifikationen erst nach der erfolgten Anerkennung für die Arbeitsmarktintegration erfaßt. Dies führt dazu, daß diese Ressourcen vor der Anerkennung quasi nicht existieren und die Menschen folglich weit unter ihrer Qualifikation eingesetzt werden.

Integrationspolitik fängt übrigens bei uns selbst an: Auch die hessische Landesverwaltung ist aufgefordert, sich unserer veränderten vielfältigen Gesellschaft zu stellen und sowohl in ihrem Aufbau und ihrer Zusammensetzung als auch in der Art und Weise ihrer Aufgabenerfüllung darauf einzugehen. Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung stellt insofern ein "Muß" dar. Wir wollen diese Herausforderung jedoch nicht allein als ein "Muß" begreifen und die erforderliche Anpassung der staatlichen Institutionen lediglich als notwendige Reaktion auf diese Veränderungen betreiben. Vielmehr sehen wir das große Potential, das in dieser Vielfalt steckt, und möchten dieses als Gewinn für die Verwaltung und damit auch für alle in Hessen lebenden Menschen nutzen. Vielfalt ist - da sind wir uns sicher - ein Erfolgsfaktor. Dies belegen auch Studien aus der Wirtschaft, nach denen vielfältig zusammengesetzte Teams eine höhere Problemlösungsfähigkeit aufweisen, flexibler und anpassungsfähiger sind und damit in der Regel auch kreativer arbeiten.

### Demographische Entwicklung gestalten

Neben der zunehmenden Vielfalt ist ein anderer Faktor für die hessische Integrationspolitik von entscheidender Bedeutung: der demographische Wandel. Der augenblickliche Bevölkerungswandel zeichnet sich aus durch eine gestiegene Lebenserwartung bei gleichzeitigem Geburtenrückgang. Mortalität, Fertilität und Migration bestimmen das Ausmaß der Veränderung in Bevölkerungsstruktur und -umfang. Der viel zitierte demographische Wandel meint, daß die Geburtenrate unter das Niveau der Sterberate sinkt: Wir werden nicht nur älter - wir werden auch weniger!

In Hessen leben gut 6 Millionen Menschen (6,067 Millionen 2010). Das Durchschnittsalter der hessischen Bevölkerung lag 2010 bei 43,4 Jahren, wobei Deutsche mit 44,1 Jahren älter waren als Ausländer mit 38,3 Jahren - letztere stellen 11,1% der hessischen Bevölkerung. Ende 2010 war ein Fünftel der hessischen Bevölkerung 65 Jahre oder älter. Zehn Jahre zuvor lag dieser Anteil noch bei rund 17 Prozent. Der Anteil derer im erwerbsfähigen Alter, also von 20- bis unter 65-Jährigen, ist im gleichen Zeitraum zurückgegangen.

Bevölkerungsprognosen der statistischen Ämter und des Bundes gehen von einem Rückgang der gesamtdeutschen Bevölkerung von 82 Millionen Menschen im Jahr 2010 auf 77 Millionen im Jahr 2030 aus. Dabei erfolgt die Entwicklung auf Bundesländerebene recht unterschiedlich: Die Bevölkerungszahl in Hessen wird bis 2030 voraussichtlich auf 5,8 Millionen sinken. Das ist ein Rückgang von etwa 4,4%. Unter allen Flächenländern ist dieser Rückgang nur in Bayern mit 0,4% und in Baden-Württemberg mit 2,1% geringer. Am stärksten wird er in Sachsen-Anhalt mit einem Verlust von 21,2% sein.

Einen Bevölkerungszuwachs in Hessen - gegen den Trend - werden in dieser Zeit vor allem Offenbach, Darmstadt, Frankfurt und Wiesbaden erleben. Dagegen

wird die Bevölkerungszahl sowohl in Mittel- als auch in Nordhessen bis 2030 erheblich abnehmen. Besonders betroffen ist Werra-Meißner mit einem Rückgang von 17,8%. Der demographische Wandel läßt viele Szenarien zu, inwiefern sich unsere Gesellschaft verändern wird. Die Schlagwörter der möglichen Folgen der Entwicklung sind: Veränderung der Konsum-, Konsumgüter- und Wirtschaftsstruktur sowie der Sparquoten; Belastung der Sozialversicherungssysteme, insbesondere infolge der Umlagefinanzierung. Konkret wird es immer weniger Beitragszahler geben, aber immer mehr Empfänger.

### Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel

Die durch den demographischen Wandel verursachte Verringerung des Erwerbspersonenpotentials kann gerade in den qualifizierten Berufen bzw. für die wissensintensiven Branchen zu Personalengpässen führen. Für Hessen konstatiert die Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main augenblicklich noch keinen flächendeckenden Fachkräftemangel. Allerdings erwartet sie eine sprunghafte Zunahme ab der zweiten Hälfte des Jahres 2012. Bis 2015 sollen der hessischen Wirtschaft jährlich durchschnittlich 147.000 Fachkräfte fehlen, und zwar 138.000 Nichtakademiker und 9.000 Akademiker (IHK-Perspektiven). Besonders betroffen sein werden nach Aussagen der IHK Unternehmen der Elektrotechnik, des Maschinenbaus und der unternehmensnahen Dienstleistungen. Der IHK-Fachkräftemonitor zeigt, daß 2015 in Frankfurt, dem Hochtaunus- sowie dem Main-Taunus-Kreis 35.000 Fachkräfte aus den MINT-Bereichen fehlen werden. Bedenklich erscheint, daß nach einer bundesweiten Umfrage gerade kleine und mittlere Unternehmen, die das Rückgrat der deutschen Wirtschaft darstellen, den künftigen Fachkräftemangel kaum einzuschätzen vermögen.

Bei der Fachkräftediskussion müssen wir allerdings die Begriffe Fachkräftemangel

und Arbeitskräftemangel voneinander abgrenzen: Ein Rückgang des Arbeitskräfteangebotes muß nicht zwangsläufig zu einem dauerhaften Fachkräftemangel führen. Politik und Wirtschaft müssen sich auf die neuen Prämissen einstellen und gezielt handeln: Die Kapital- und Gütermärkte ebenso wie die Löhne müssen auf die veränderte Situation angepaßt und es muß verstärkt in Bildung, Forschung und Entwicklung investiert werden. Bisher haben Produktivitätszuwächse die Folgen des demographischen Wandels auf die Wirtschaft abgemildert. Zudem kann durch die Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotentials, etwa durch längere Lebensarbeitszeit, weniger Teilzeitbeschäftigung, weniger erwerbslose Frauen, die Erwerbsquote gesteigert und die Entwicklung damit abgefedert werden. Aus diesem Grund hat die Hessische Landesregierung vor wenigen Wochen die "Kommission Fachkräftesicherung Hessen" eingesetzt, die mit Hilfe von Experten zusammenzutragen soll, mit welchen hessischen Maßnahmen wir dem absehbaren Fachkräftemangel begegnen können. Als stellvertretender Vorsitzender bin ich gespannt auf die Ergebnisse!

Migration kann - im Gegensatz zu Fertilität oder Mortalität - sehr kurzfristig Einfluß auf eine Bevölkerungsstruktur nehmen. Nach herrschender Auffassung ist Migration zwar nicht in der Lage, die fehlende Bevölkerung im vollen Umfang zu ersetzen, kann aber diese Entwicklung durchaus abmildern. Qualifizierte Zuwanderung ist ein Weg, um kurzfristig fehlende Fachkräfte zu ersetzen. Auch die nun gesetzlich geregelte Anerkennung ausländischer Abschlüsse wird hier ein hilfreicher Faktor sein.

Wir stehen in der Debatte und in den Möglichkeiten, die sich Politik und Wirtschaft bieten, sicher erst am Anfang. Aus der Vergangenheit haben wir einiges gelernt. Vor allem, daß Integration und Zuwanderung zusammen gedacht werden müssen. Dabei sind einige rechtliche Vor-

aussetzungen zu beachten, auf die ich nun kurz eingehen möchte.

Ausgangspunkt ist hier folgender Gedanke: Deutschland ist unser gemeinsames Land. Seine Zukunft gestalten wir gemeinsam. Gelingende Integration setzt deshalb auch die Bereitschaft voraus, Verantwortung zu übernehmen. Das gilt unabhängig von Aussehen, Herkunft oder Namen, das gilt für alle.

#### Integration und Einbürgerung

Wir werben für die Übernahme von Verantwortung, Verantwortung für sich selbst, für andere und für unser Land. Besonderer Ausdruck einer solchen Bereitschaft ist die Einbürgerung. Deshalb werben wir für die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft. Leider sind die Einbürgerungszahlen nach wie vor zu niedrig. Im vergangenen Jahr wurden rund 14.000 Personen eingebürgert. Das ist zwar ein leichter Anstieg gegenüber den Vorjahren, die Einbürgerungsquote liegt damit aber lediglich bei rund 2,5 Prozent. Mit einer Einbürgerung wird die volle Rechts- und Pflichtenstellung eines Staatsbürgers erworben inklusive des Wahlrechts auf allen Ebenen. Das allein sollte in einer demokratisch verfaßten Gesellschaft ein enormer Anreiz sein - ein Anreiz, den wir nicht aus der Hand geben wollen.

Die Einbürgerung ist Ergebnis eines erfolgreichen Integrationsprozesses. Das Gegenteil von Integration und von Integrationspolitik wäre aber ein allgemeines Wahlrecht für Ausländer auf allen Ebenen, wie es kürzlich von Seiten des Vorsitzenden der Ausländerbeiräte in Hessen gefordert worden war. Mir ist weltweit kein einziger Staat bekannt, der ein solches Recht den auf seinem Territorium lebenden Ausländer einräumen würde. Schon die Einführung eines Wahlrechts auf kommunaler Ebene begegnet tiefgreifenden verfassungsrechtlichen und darüber hinaus auch integrationspolitischen Bedenken. Ein allgemeines Wahlrecht für Ausländer wäre verfassungsrechtlich schon gar nicht zu begründen. Das Bun-

desverfassungsgericht hat in einer Entscheidung aus dem Jahr 1990 klargestellt, daß das Wahlrecht, durch das unser Volk in erster Linie die ihm zukommende Staatsgewalt ausübt, nur von Deutschen wahrgenommen werden kann. Integration ist keine Rosinenpickerei. Rechte korrespondieren vielmehr mit Pflichten! Das gilt auch für das kommunale Wahlrecht. Es gibt europäische Staaten, die ein kommunales Wahlrecht für alle Ausländer vorsehen. Wir haben uns jedoch anders entschieden. Ein Wahlrecht auf allen Ebenen wird allein durch Einbürgerung vermittelt. Daran halten wir fest.

Es führt auch nicht weiter, stets zum Vergleich auf die EU-Bürger zu verweisen, die europaweit über ein kommunales Wahlrecht verfügen. Ja, hier handelt es sich um eine Ungleichbehandlung, für die aber gute Gründe vorliegen. Das Kommunalwahlrecht der EU-Bürger ist Ausdruck des vertieften europäischen Integrationsprozesses. Hier wird Wechselseitigkeit verbürgt. Jeder und jede Deutsche kann in jedem Mitgliedsland der Europäischen Union auf kommunaler Ebene wählen. In der Türkei oder vielen anderen Ländern ist das gerade nicht der Fall. Möglichkeiten, unsere Gesellschaft mitzugestalten, erschöpfen sich im übrigen nicht im Wahlrecht. Vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten gibt es mehr als genug: Soziales Engagement zählt dazu, die Betreuung von Kindern und von älteren Menschen, die Unterstützung der schulischen Integration von Kindern, die Arbeit in Elternvertretungen ebenso wie ehrenamtliches Engagement in Sportvereinen, in der Religionsgemeinschaft oder bei der Organisation eines Stadtteilstreffes.

Lassen Sie mich in diesem Kontext zu einem weiteren virulenten Punkt an der Schnittstelle von Rechts- und Integrationspolitik kommen, zur sogenannten Optionspflicht. Vielleicht erinnern Sie sich, daß im Jahr 2000 das "ius soli" eingeführt wurde. Fortan erhielten die auf deutschem Boden geborenen Kinder ausländi-

scher Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit. Es gibt weitere Voraussetzungen, aber so lautet das Grundprinzip. Das war politisch heftig umstritten, und viele Bürgerinnen und Bürger unseres Landes verbinden damit bis heute eine sehr persönliche und auch emotionale Fragestellung. Dennoch haben wir damals eine Einigung erzielen können. Einem Vorschlag der FDP folgend ist die Optionsregelung in das Gesetz aufgenommen worden, nach der sich die Betroffenen nach Vollendung der Volljährigkeit zwischen der deutschen und der ausländischen Staatsangehörigkeit zu entscheiden haben. Ohne diese Optionsregelung wäre die Einführung des ius-soli-Prinzips damals nicht möglich gewesen und wir stünden im Prinzip immer noch bei der Rechtslage von 1913, nach der allein die Abstammung galt.

Dieser Kompromiß ist elementare Grundlage des geltenden Rechts, doch nach wie vor gibt es Streit. Erst kürzlich forderte die baden-württembergische Integrationsministerin Öney die Abschaffung der Optionspflicht. Für uns läuft das dem Interesse der Integration zuwider. Und schauen wir auf die Zahlen: 99,5 Prozent von denen, die bislang optiert haben, entscheiden sich für die deutsche Staatsangehörigkeit. Das ist ein starkes Zeichen für Integration und spricht sicher nicht gegen die Optionspflicht. Die Zugehörigkeit zu einem Land, seiner Kultur und seiner Werteordnung gehört zur Identität und zur Persönlichkeit eines Menschen.

#### Verhältnis von Religion und Staat

Einen besonderen Schwerpunkt der Integration bildet die Frage nach dem Verhältnis von Religion und Staat. Die Zuwanderung verändert eine Gesellschaft, und sie stellt uns vor die Herausforderung zunehmender religiöser Pluralität. Der Islam zum Beispiel ist eine der Weltreligionen, zu der sich etwa 3,8 bis 4,3 Millionen Menschen in Deutschland und etwa 390.000 bis 440.000 Menschen - mehr als sechs Prozent (6,4 bis 7,2 Pro-

zent) der Bevölkerung - in Hessen bekennen. Menschen muslimischen Glaubens sind in Deutschland dauerhaft angekommen. Aber sie stellen nicht die Hauptgruppe der Zuwanderer. Der überwiegende Teil der Menschen mit Migrationshintergrund bekennt sich zum katholischen Glauben, und zwar rund 38 Prozent. Immer noch bestimmt die Debatte über die Integration des Islam das Bild über Integration von Zugewanderten in Deutschland und Europa. Zu oft beherrschen Angst und Mißtrauen die Debatte. Integrationsprobleme sind zwar nicht zu leugnen. Die zweifellos positiven Entwicklungen der letzten Jahre wollen wir jedoch mit Anerkennung würdigen. Sie geben Anlaß zu Hoffnung!

In Hessen entstehen immer mehr Moscheen. Sie sind Teil der Religionsausübung. Die Hessische Landesregierung und andere Stellen unterstützen zahlreiche Moscheevereine, unter anderem mit Imam-Fortbildungen. Dort lernen Vorbeter Grundlagen der deutschen Staats- und Rechtsordnung, Organisationsstrukturen von Gemeinden und sonstigen staatlichen Stellen kennen. Deutschland und Hessen gehen in vielen Fragen einen deutlich anderen Weg als zum Beispiel die Schweiz mit den Minarett- und Burka-Verboten. Wie sich ein pauschales Minarett-Verbot auf die Schweizer Wirtschaft mittel- und langfristig auswirkt, läßt sich noch nicht sagen. Die Lehren aus der Vergangenheit zeigen aber, daß eine liberale Haltung des Staates und der Bevölkerung zu fremden Religionen und Glaubensanschauungen in der Regel zu einem wirtschaftlichen Aufschwung führt. Es sei denn, diese Religionen gefährden erheblich die Sicherheit und Freiheit anderer Menschen. Nichts anderes gilt für das Burka-Verbot wie etwa in Belgien und Frankreich. Das Land Hessen und die Bundesrepublik Deutschland haben sich gegen ein Burka-Verbot ausgesprochen. Mit einem generellen Burka-Verbot würde Hessen eine Menschen- und Grundrechtsverletzung riskieren.

Trotz aller Akzeptanz gibt es gefährliche Tendenzen, die wir ernst nehmen müssen: Der Islamismus stellt weltweit eine ernsthafte Bedrohung dar. Wie Sie wissen, hat ein Jugendlicher im März 2011 den ersten vollendeten Terroranschlag auf deutschem Boden in Frankfurt am Main verübt. Die verheerenden Terroranschläge vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten liegen erst zehn Jahre zurück. Die Zahl von Islamisten in Hessen ist nicht groß. Sie üben aber Anziehungskraft aus. Das Potential, neue Gewalttäter anzuwerben, vor allem unter Jugendlichen, darf nicht geleugnet werden. Hessische Integrationspolitik auf allen Ebenen zielt deshalb darauf ab, Jugendliche in ein sie förderndes Umfeld einzubinden, das die demokratischen Werte achtet, und ihnen Kernkompetenzen für ein verantwortungsvolles und friedliches Miteinander zu vermitteln. Unsere Wirtschaft erbringt hier einen wesentlichen Beitrag dazu, daß diese Jugendlichen heute als Auszubildende und morgen als mündige Bürger ihren Platz in der Gesellschaft finden und Verantwortung für sich und andere übernehmen.

Lassen Sie mich die Aufträge, die unsere Verfassung uns bei der Integration mit Blick auf religiöse Belange aufgibt, näher beleuchten. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein säkularer und der Freiheit und Gleichheit der Menschen verpflichteter demokratischer Rechtsstaat. In religiös-weltanschaulichen Fragen muß der Staat Neutralität wahren. Das heißt, daß in Hessen keine Staatsreligion und keine Staatskirche existieren. Das ist die Konsequenz einer langen und schmerzvollen Geschichte von Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche und zwischen verschiedenen Religionen, selbst innerhalb des Christentums. Die Gleichbehandlung des Islam mit anderen Religionen ist ein wichtiger Grundsatz der hessischen Integrationspolitik. Muslime sind in Hessen willkommen! Die Willkommenskultur der Hessischen Landesregierung ist eine wichtige Weiche auf

dem Weg zur Gleichbehandlung von Muslimen in Hessen. Die Einführung islamischen bekenntnisorientierten Religionsunterrichts an Schulen in Hessen im Einklang mit dem Grundgesetz ist ein weiterer wichtiger Schritt auf diesem Weg. Die Einhaltung der Rechtsordnung und eine gut funktionierende Schulaufsicht sind dabei entscheidend für den stabilen gesellschaftlichen Zusammenhalt in Hessen.

#### Streit- und Problemfälle

Hierzu exemplarisch einige Beispiele, die in diesem Zusammenhang immer wieder von der Presse aufgegriffen werden:

Beispiel Kopftuch. Das Tragen religiöser Symbole und Kleidung ist Beamten und Lehrkräften dann verboten, wenn diese objektiv geeignet sind, das Vertrauen in die Neutralität ihrer Amtsführung zu beeinträchtigen und religiösen Frieden in der Schule zu gefährden. Das Kopftuchverbot für Schülerinnen würde aber eine einseitige Benachteiligung von Musliminnen in der Schule bedeuten. Religiöse Symbole und Kleidungsstücke anderer Religionen müssten von einem solchen Verbot wegen des Grundsatzes der religiösen Parität, also Gleichbehandlung, ebenfalls erfaßt werden. Sollten religiöse Symbole in der Schule den Schulfrieden stören, käme der staatliche Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule als Rechtfertigung des Verbots in Betracht. Art. 7 Abs. 1 GG schützt auch den Schulfrieden vor abstrakten Gefahren, die von religiösen Symbolen in der Schule ausgehen können.

Ein anderes Thema: das Schächten. Das Schächten ist das rituelle Schlachten von Tieren ohne Betäubung. Die Religionsfreiheit von Muslimen wie auch von Juden wird dabei mit dem Tierschutz in Ausgleich gebracht. Es werden Ausnahmegenehmigungen für muslimische Metzger erteilt. Das muslimische Opferfest, ein Fest des rituellen Schächten, wurde im Jahr 2011 vom 6. bis zum 9. November gefeiert.

Thema Arbeitsmarkt: Jugendliche aus Ländern, die durch den Islam geprägt sind, haben zuweilen schlechtere Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Dies mag mit mehreren Ursachen zusammenhängen. Die Schulabbrecherquote ist bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund vergleichsweise hoch. Der Schulerfolg ist, zum Teil wegen der Bildungsferne des Elternhauses, nicht immer gewährleistet. Gewalterfahrungen in der Familie und Ausgrenzungen in der Gesellschaft belasten den gesellschaftlichen Aufstieg vieler Jugendlicher, dies gilt übrigens ganz unabhängig von einem eventuellen Migrationshintergrund.

Ein weiteres Thema: die Gesundheit. Ein wichtiger Gradmesser für eine erfolgreiche Integration ist die gleichberechtigte Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen. Dies schließt den unterschiedslosen Zugang zur gesundheitlichen Versorgung und zu den Präventionsleistungen im Gesundheitsbereich mit ein. Meßbar wird diese Integrationsleistung auch an der Teilnahme an Vorsorgeangeboten. Ebenso geben die Impfraten darüber Auskunft, die Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen für Kinder oder die Diabetesraten. Die Chancen auf eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung dürfen sowohl durch den Migrationshintergrund - durch sprachliche und/oder kulturelle Hürden - als auch durch den Sozialstatus nicht beeinträchtigt werden. Die daraus entstehenden Probleme, wie z. B. fehlerhafte Diagnosen, verspätete Präventionsleistungen mit Verschlechterung des Krankheitsbildes und Fehlentwicklungen (z. B. Fettsucht bei Kindern) belasten die Familien und natürlich auch das gesamte Gesundheitssystem beträchtlich. Die Hessische Landesregierung fördert deshalb den Einsatz von Integrationslotsen als Brückenbauer im Gesundheitssystem.

Thema Schule: Die Studien zur Gewalt unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund zeigen einen Zusammenhang zwischen einem unregelmäßigen Schulbesuch und dem Abdriften in kriminelle

Netzwerke. Es ist wichtig, daß Kinder und Jugendliche den Schulbesuch nicht in Frage stellen. Es ist wichtig, daß Eltern, Freunde und Familie dem Schulschwänzen vorbeugen und ggf. Hinweise geben. Die Lehrer sind Autoritätspersonen, die Kindern und Jugendlichen Orientierung im Leben und Wissen vermitteln. Gegenseitige Akzeptanzprobleme in der Schule sind zuweilen leider vorhanden. Es liegt an Spannungen verschiedener kultureller Hintergründe und unterschiedlichen Erziehungsstilen in den Familien und in der Schule. Sie sind nur durch die gegenseitige Akzeptanz und durch das Aushalten von Unterschieden zu überbrücken. Gegenseitiger Respekt ist unerlässlich für guten Unterricht!

Eine bestimmte Frage beschäftigt uns in Zusammenhang mit der Schule: die Zulässigkeit von öffentlichen Gebeten. Die Justiz ist seit einigen Jahren damit befaßt. Das Verwaltungsgericht Berlin hat die Zulässigkeit des Betens in der Schule in einem besonderen Raum auf Grund der Religionsfreiheit eines Schülers muslimischen Glaubens bejaht. Das Oberverwaltungsgericht Berlin hat sich dagegen ausgesprochen. Höchstrichterlich ist die Frage noch nicht geklärt. Wegen der religiös-weltanschaulichen Neutralität des Staates und der religiösen Vielfalt soll unserer Auffassung nach der öffentliche Raum "Schule" von Symbolen und Ritualen einer bestimmten Religion grundsätzlich freigehalten werden.

Zur Kultur allgemein: Die Hessische Integrationspolitik handelt nach dem Motto "Integration in Hessen leben und gestalten". Die Verankerung einer Willkommenskultur bedeutet, die Vielfalt als Bereicherung, unter anderem in Bildung und Kultur, anzuerkennen und zu nutzen. Musik, und Literatur aus anderen Kulturkreisen und Medien mit Inhalten anderer Kulturen bereichern und erweitern den hiesigen Horizont. Ich wünsche mir, daß wir alle neugierig sind auf andere Kulturen. Daß wir bereit sind, davon zu lernen. Aus dieser Akzeptanz, aus diesem Offen-sein-

für-Anderes entsteht ein Zusammengehörigkeitsgefühl. Dies führt zu einer Identifikation mit unserem Land, die Ziel aller Integrationspolitik ist: "Wir sind alle Hessen!", das sollen die Menschen aus vollem Herzen sagen, die hier leben.

Eine Frage von großer Bedeutung bei dem Verhältnis von Religion und Staat ist die Einführung von bekenntnisorientiertem islamischem Religionsunterricht. In der Koalitionsvereinbarung für die Legislaturperiode 2009 bis 2014 haben die Partner FDP Hessen und CDU Hessen festgelegt: "Wir werden erneut prüfen, ob mit einem legitimierten Ansprechpartner eine Vereinbarung zur Erteilung islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache getroffen werden kann. Sollte dies nicht der Fall sein, werden wir im Fach Ethik eine verpflichtende religionskundliche Unterweisung in islamischer Religion einführen."

Lassen Sie mich zum Schluß die hessische Integrationspolitik auf den Punkt bringen: Integration ist nicht Herkunft, Integration ist Zukunft.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

## Geistlicher Impuls

### Jesus Christus spricht: Meine Kraft ist in den Schwachen mächtig.

(2. Korinther 12, 9)

Die Jahreslosung für 2012 scheint zu bestätigen, was Friedrich Nietzsche in seiner Schrift "Der Antichrist" über das Christentum sagt. Es sei eine Religion der Schwachen. Eine Religion all derer, die bei der Verteilung der Macht zu kurz gekommen seien.

Liegt in dieser Schwäche tatsächlich der Kern, der Ursprung der Stärke? Ein Stück weit kann ich diese Kritik von Nietzsche durchaus nachvollziehen. Wer etwas gestalten und nach vorne bringen will, wem es nicht ausreicht, abzuwarten und zuzusehen, wie so manches in die falsche Richtung läuft und am Ende gar "den Bach heruntergeht" - um es einmal umgangssprachlich zu sagen - wer so geprägt ist, möchte sich nicht nur seiner Schwäche rühmen. Der oder die möchte helfen, das Ruder herumzureißen. Und möchte am Ende dennoch frohen und ehrlichen Herzens Christin oder Christ sein können.

Meine Kraft ist in den Schwachen mächtig. Macht sich die Kirche hier selber Mut angesichts so mancher Krisen, vor denen sie nicht verschont bleibt? Es lohnt sich, noch einmal genauer hinzusehen. Nicht um ein schlichtes Heiligsprechen der Armut geht es hier, obwohl Jesus die Armen seligpreist. Nicht um ein Ausschließen von Menschen, die in dieser Gesellschaft Verantwortung tragen - obwohl Jesus darauf hinweist, daß die Mächtigen ihren Untergeben häufig Gewalt antun. Und dann fortfährt: Wer unter euch der erste sein will, der sei euer aller Diener.

Es lohnt sich allemal, erst einmal genauer hinzuschauen. Zu sehen, woher dieser Satz stammt und wie Paulus ihn gemeint hat. Versetzen wir uns in die Welt der ersten Christinnen und Christen, irgendwo in Kleinasien, in der Mitte der 50er Jahre

des ersten Jahrhunderts. Paulus ergeht es so, wie vielen anderen Menschen heutzutage auch. Er hat es mit einem Male mit Konkurrenz zu tun. Hyperapostel nennt er sie. Überapostel übersetzt Luther. Sie haben alles, was man ihm abspricht. Sie überzeugen durch ihre rhetorische Brillanz. Dagegen wirkt Paulus ausgesprochen schwach. Sie sagen, was die Leute hören wollen. Sie kommen gut an. Bringen Empfehlungsschreiben mit. Haben ihre Wurzeln wie Paulus in der Mutterreligion, im Judentum. Und sie legen gerade darauf Wert. Sie verhalten sich so, wie die Leute es von Aposteln erwarten, vollbringen Erstaunliches, sind Erfolgstypen.

Paulus gerät unter Druck, findet sich plötzlich in schwierigem Fahrwasser vor. Aber er räumt das Feld nicht vorzeitig. Er kämpft, greift seine Gegner mit deren eigenen Waffen an. Jetzt bringt er seine Vorzüge in die Auseinandersetzung ein. Paulus präsentiert sich mit seinem Qualitätsportfolio. Mit seinen ganzen Vorzügen bzw. mit dem, was er dafür hält. Auch er sendet nun seine Bewerbungsmappe nach Korinth wie seine Konkurrenten vorher auch.

Seine Botschaft ist alles andere als bescheiden. Er ist sich sicher, er übertrifft sie in allem. Aber er rühmt nicht sich selber. Er rühmt den, dem er all das verdankt, nämlich Gott. "Wenn ich mich rühmen will, will ich mich meiner Schwachheit rühmen. Und damit ich nicht in Gefahr gerate, zu hoch von mir zu denken, habe ich eine Übermutsbremse erhalten. Ich bin geplagt und gepeinigt. Eine heftige Krankheit macht mir zu schaffen. Mehr als einmal habe ich Gott gebeten, mich zu befreien von dieser Geisel. Doch nichts anderes habe ich gehört als die Ermahnung. "Sei zufrieden mit dem, was ich dir zugedacht habe. Laß es dir an meiner Gnade genug sein. Meine Wirkkraft - sie ist in den Schwachen mächtig."

Da also hat es seinen Ursprung, das Jahresmotto für dieses Jahr 2012. Meine Kraft ist in den Schwachen mächtig.

Keine Idealisierung der Machtlosigkeit, aber ein Hinweis, Gottes Machterweis nicht an den falschen Orten zu suchen. Keine Aufforderung, dem Erfolg zu entsagen, ist dieser Satz. Aber eine Mahnung, sich nicht auf ihn zu gründen. Keine Hochschätzung allein der Armen. Aber eine Warnung, sich nicht über die Armen zu erheben.

Wenn Paulus sich seiner Schwachheit rühmt, dann nimmt er nichts von dem zurück, das er selber eingebracht hat an Engagement. Und an missionarischer Kühnheit und Risikobereitschaft. Aber er weiß, daß es damit noch nicht sein Bewenden hat. Sonst wären die Hyperapostel im Recht.

Schwachheit - damit meint Paulus den Verzicht, sich selber zum Maßstab zu machen. Sich alles auf die eigenen Fahne zu schreiben. Schwach sein, so wie ich Paulus verstehe, das heißt, sein Vertrauen auf Gott setzen, gerade dann, wenn mir sonst der Boden unter den Füßen weg bricht. Schwachsein heißt aber nicht, den Kleinglauben zum Maßstab zu machen.

Meine Kraft ist in den Schwachen mächtig. Das ist ein Wort des Zuspruchs und der Ermutigung. Vor allem dann, wenn unser Glaube am seidenen Faden hängt. Meine Kraft ist in den Schwachen mächtig. Das ist kein Freischein für einen Glauben in Gleichgültigkeit, für einen "Am-Ende-ist-alles-sowieso-egal-Glauben". Solcher Glaube entfaltet keine Kraft. Bestenfalls lähmt er die Gutwilligen.

Der Jahreslosung geht es darum, in einer ganz besonderen Perspektive um den Glauben, auch um den schwachen, den angefochtenen, den immer wieder neu zu erringenden Glauben. Es geht ihr nicht um einen Glauben, der austauschbar wäre und beliebig. Oder am Ende gar käuflich und wohlfeil.

Es ist gewiß nicht unser Erfolg, der den Glauben bewahrheitet. Aber er diskreditiert ihn auch nicht. Es geht allerdings auch nicht einfach um ein wenig Glauben,

oder um es mit Worten des berühmten Theologen Karl Barths zu sagen, um "das Bißchen Zimt zur Speise", das dem Glauben dann die nötige Kraft für unser Leben verleiht.

Entscheidend ist, woran wir unseren Glauben ausrichten, wem unser Glaube gilt, nämlich dem, der selber in Schwäche die größte Kraft entfaltet: als Kind in einer Krippe, als einer, der auf alle Insignien der Macht verzichtet, als Mensch, der im Tod der Bosheit den Garaus gibt, der am Ende ein leeres Grab hinterläßt und das Leben davonträgt.

Ein Jahr wünsche ich Ihnen, daß Sie ihre je eigene Stärke entfalten läßt. Selbst da, wo ihnen auch einmal nichts bleibt als das Eingeständnis, daß die eigenen Kräfte nicht ausreichen.

Ein Jahr aber ebenso, daß Sie nach ihren Möglichkeiten und mit all ihren Kräften mitgestalten und durchleben können. Ein Jahr vor allem, in dem Gottes Macht Sie ein ums andere Mal überrascht.

*Prälat Professor Dr. Traugott Schächtele,  
Theologischer Berater der  
regionalen Arbeitsgruppe des AEU in der  
Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz*

## Termine und Veranstaltungen

### Führung auf evangelisch?

"Was heißt Unternehmensführung auf evangelisch?" ist die Leitfrage einer Kooperationsstagung, die der Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer gemeinsam mit der Agentur Mehrwert und der Akademie für Führung und Verantwortung an der Evangelischen Akademie Bad Boll von Freitag, dem 23. März 2012 (16.00 Uhr) bis Samstag, den 24. März 2012 (16.00 Uhr) in der Evangelischen Akademie Bad Boll ausrichtet. "Mit Werten führen", "Unternehmensführung mit Sinn", "ethische Unternehmensführung" - werteorientiertes Management ist angesagt. Doch diese Tagung fragt sehr viel grundsätzlicher: Welche theologischen und ethischen Grundsätze lassen sich tatsächlich im unternehmerischen Handeln anwenden? Was hilft bei der Umsetzung im Alltag? Gibt es eine spezifisch evangelische Unternehmensführung und wie bewährt sich diese in schwierigen Situationen, im gegenüber zu den Mitarbeitenden, aber auch im Umgang mit sich selbst und den eigenen Ressourcen?

### Rüstzeit 2012

Um unseren Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer gemeinsam inhaltlich und organisatorisch weiterzuentwickeln, richten wir jeweils im ersten Halbjahr eines jeden Jahres eine Klausurtagung (Rüstzeit) für die Sprecher, Mitglieder der Leitungskreise und Theologischen Berater der regionalen Arbeitsgruppen des AEU aus. Zielsetzung dieses Treffens ist es, uns für unser Engagement in und für unseren Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer geistig-geistlich, fachlich und praktisch zuzurüsten sowie uns über Ziele und Positionen unseres Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer zu verständigen. An der Entwicklung des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer interessierte Mitglieder sind willkommen.

Die Rüstzeit 2012 der Sprecher, Mitglieder der Leitungskreise und Theologischen Berater der regionalen Arbeitsgruppen des AEU findet von Freitag, den 20. April 2012, ab 17.30 Uhr bis Sonntag, den 22. April 2012 nach dem Gottesdienst (ca. 11.30 Uhr) im Kloster Volkenroda (bei Mühlhausen in Thüringen) statt.

### Pilger-Tour 2012

Pilgern ist seit 2007 ein fester Bestandteil der spirituellen Angebote des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer. Es ist das Unterwegssein auf alten Pilgerwegen, gesendet mit einem Wort Gottes zu neuen Erfahrungen und Begegnungen - auch mit dem Heiligen, mit Gott. Die inzwischen sechste Pilger-Tour findet vom 10. bis 13. Mai 2012 statt und richtet sich an Unternehmer und Führungskräfte, die aktiv im Berufsalltag stehen oder als Senior eine Fülle von Terminen zu bewältigen haben.

Ausgangspunkt ist abermals die Lutherstadt Wittenberg mit der Stadtkirche St. Marien, dem Cranach-Hof und dem Hotel Goldener Adler - direkt am Markt gelegen -, in dem neben Martin Luther auch Johann Wolfgang von Goethe oder Gerhard Hauptmann zu Gast waren. Die Bilder Lucas Cranachs d. Ä. und Lucas Cranachs d. J. im Zusammenhang mit der Reformation werden die Pilger thematisch begleiten. Die zwei Tagestouren von ca. 15 bis 20 km Länge führen auf dem Lutherweg durch das weltberühmte Gartenreich Dessau-Wörlitz in die Bauhausstadt Dessau. In inhaltlicher Hinsicht liegt der Pilger-Tour die enge Verflechtung von Reformation, Wirtschaft, Kunst und Politik zugrunde. Unterwegs wird in Kirchen zur Andacht eingekehrt, natürlich auch in Gasthäusern zu einem guten Essen und Trinken.

### Führungskräfte-(Familien-)Retraite 2012

Der Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer lädt seine Mitglieder und Interessierte einmal jährlich zu einer Führungs-

kräfte-Retraite ein, bei der Kinder herzlich willkommen sind. Junge Familien, Einzelpersonen, Ehepaare und Großeltern mit Enkelkindern können in diesem Jahr ein Sommerwochenende von Freitag, dem 29. Juni (ab 18.00 Uhr) bis Sonntag, den 1. Juli 2012 (nach dem Gottesdienst, ca. 11.30 Uhr) auf der Evangelischen Jugendburg Hohensolms bei Gießen miteinander verbringen. Ein eigenes Kinderprogramm ermöglicht es den Erwachsenen auch ohne Kinder, unter dem Motto "Orientierung, Kraftquelle und Herausforderung - Der christliche Glaube im beruflichen Alltag, in der Familie und im Ehrenamt" über ihren Alltag mit seinen unterschiedlichen Anforderungen ins Gespräch zu kommen.

### **Pilger-Woche 2012**

Auf besonderen Wunsch einiger AEU-Mitglieder wird zum ersten Mal Pilgern entlang eines klassischen Pilgerweges in Deutschland angeboten. Die ca. 300 km des Pilgerweges von Loccum nach Volkenroda werden im Jahr 2012 zur Hälfte zurück gelegt. Dazu sind sechs Pilgertage vorgesehen. Die Pilger-Woche 2012 beginnt am Sonntag, den 5. August 2012, ab 18.00 Uhr im Kloster Volkenroda.

Die Unterkunft ist in teilweise einfachen Zimmern der Klöster oder Gasthöfe. Das Gepäck wird transportiert, so daß nur ein Rucksack für das Tagesgepäck nötig ist. Für jeden Tag werden einzelne Sätze des Römerbriefes des Apostels Paulus die Pilgergruppe begleiten. Das Kennenlernen des Römerbriefes und das Reflektieren der Worte für das eigene Leben und Arbeiten soll in dieser Woche im Mittelpunkt stehen. Der Pilgergruppe werden auch immer wieder für kurze Zeit ausgewählte Referenten (u. a. von der Universität Göttingen sowie Spirituale und Äbte der Klöster) begegnen.

Im kommenden Jahr 2013 soll dann in der Woche vom 10. bis 16. August 2013 die zweite Hälfte des Pilgerweges bis nach Loccum gegangen werden. Dabei soll das ehemalige Zisterzienser-Kloster

Loccum pünktlich zum 850jährigen Jubiläum des Klosters und zur AEU-Jubiläums-Retraite erreicht werden.

Die Leitung dieser drei spirituellen Angebote liegt in enger Abstimmung mit dem Vorstand und der Geschäftsführung des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer wieder in den Händen der Pastoren der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, Peer-Detlev Schladebusch und Ralf Reuter. Erstmals begleitet Pastorin Renate Fallbrüg, Mitglied im Leitungskreis der regionalen Arbeitsgruppe des AEU in Hamburg/Schleswig-Holstein, die Pilger-Tour und die Führungskräfte- (und Familien-)Retraite.

### **Jahresempfang 2012**

Der Jahresempfang 2012 des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer findet als Mittagstreffen am Mittwoch, den 12. September 2012, von 12.00 bis 14.30 Uhr im Haus der Deutsche Bank AG in Frankfurt am Main mit dem Evangelischen Militärbischof, Dr. Martin Dutzmann, Landessuperintendent der Lippischen Landeskirche statt. Zu diesem Mittagstreffen werden alle AEU-Mitglieder eingeladen.

Im unmittelbaren Anschluß an den Jahresempfang wird von 14.30 bis 16.30 Uhr die Mitgliederversammlung 2012 des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer in Deutschland e. V. (AEU) u. a. mit den satzungsgemäß anstehenden Wahlen zum Vorstand abgehalten.

### **Jahrestagung 2012**

Die Jahrestagung 2012 findet von Freitag, dem 23. November (abends) bis Sonntag, den 25. November 2012 (mittags) in Berlin statt.

Informationen unter [www.aeu-online.de](http://www.aeu-online.de) sowie über die Geschäftsstelle des AEU, Tel. (0721) 352370, Fax (0721) 352377, e-mail: [info@aeu-online.de](mailto:info@aeu-online.de).

## Wirtschaftstagungen der Evangelischen Akademien in Deutschland

Die nachfolgende Zusammenstellung vermittelt eine Übersicht über die kommenden Tagungen der Evangelischen Akademien mit Bezug zu wirtschafts- und sozialetischen Themen. Diese Auswahl will Gelegenheit geben, sich über das einschlägige Veranstaltungsangebot der Evangelischen Akademien näher zu informieren. Anfragen zu einzelnen Programmen sowie Anmeldungen zu den Tagungen sind unmittelbar an die genannten Akademien zu richten.

19. bis 20. Januar 2012

**Ehrbarkeit im Geschäftsleben -**

**Was bedeutet die Konjunktur bürgerlicher Tugenden?**

Evangelische Akademie zu Berlin, Tel. 030/203 55-500, [www.eaberlin.de](http://www.eaberlin.de)

20. bis 22. Januar 2012

**Brennpunkte der Weltwirtschaft -**

**Turbulenzen, Hoffnung auf Stabilisierung und Reformperspektiven**

Evangelische Akademie Tutzing, Tel. 08158/251-146, [www.ev-akademie-tutzing.de](http://www.ev-akademie-tutzing.de)

27. bis 29. Januar 2012

**Technik - Angst - Folgen**

**Verantwortung für nachhaltige technische Entwicklung**

Evangelische Akademie Baden, Tel. 0721/91 75-361, [www.ev-akademie-baden.de](http://www.ev-akademie-baden.de)

13. bis 15. Februar 2012

**Ganz Europa, Kerneuropa oder gar kein Europa?**

**Deutsche Impulse für die weitere wirtschaftliche Integration der EU**

Evangelische Akademie Loccum, Tel. 05766/81-0, [www.loccum.de](http://www.loccum.de)

2. und 3. März 2012

**Augen zu und durch! Wie gefahrenblind ist unsere Gesellschaft -**

**Wirtschaftsethische Kriterien für verantwortliches Handeln**

Evang. Akademie im Rheinland, Tel. 0228/95 23-201; [www.ev-akademie-rheinland.de](http://www.ev-akademie-rheinland.de)

2. und 3. März 2012

**Fair, nachhaltig, erfolgreich? -**

**Verantwortliche Unternehmensführung in der globalisierten Wirtschaft**

Evangelische Akademie Thüringen, Tel. 036202/984-25, [www.ev-akademie-thueringen.de](http://www.ev-akademie-thueringen.de)

2. bis 4. März 2012

**Die Große Transformation - Wege zu sozialer und Klimagerechtigkeit**

Evang. Akademie Sachsen-Anhalt, Tel. 03491/49 88-0, [www.ev-akademie-wittenberg.de](http://www.ev-akademie-wittenberg.de)

7. bis 9. März 2012

**Grenzen der Konsumentensouveränität**

Evangelische Akademie Tutzing, Tel. 08158/251-146, [www.ev-akademie-tutzing.de](http://www.ev-akademie-tutzing.de)

23. und 24. März 2012

**Was heißt Unternehmensführung auf evangelisch?**

Evangelische Akademie Bad Boll, Tel. 07164/79-0, [www-ev-akademie-boll.de](http://www-ev-akademie-boll.de)

23. und 24. März 2012

**Die beargwöhnte Elite - Das ungeklärte Verhältnis der evangelischen Kirche zu gesellschaftlichen Führungskräften**

Evang. Akademie im Rheinland, Tel. 0228/95 23-201; [www.ev-akademie-rheinland.de](http://www.ev-akademie-rheinland.de)

23. bis 25. März 2012

**Menetekel Finanzkrise -**

**Wenn Börsen beben, Banken wanken und Staaten straucheln ...**

Evangelische Akademie Baden, Tel. 0721/91 75-361, [www.ev-akademie-baden.de](http://www.ev-akademie-baden.de)

17. und 18. April 2012

**Plan B statt Schema F -**

**Welche Alternativen gibt es zum Optimierungsdenken nach Schema F**

Evangelische Akademie Tutzing, Tel. 08158/251-146, [www.ev-akademie-tutzing.de](http://www.ev-akademie-tutzing.de)

19. bis 21. April 2012

**Verantwortung in einer begrenzten Welt**

Evangelische Akademie Tutzing, Tel. 08158/251-146, [www.ev-akademie-tutzing.de](http://www.ev-akademie-tutzing.de)

11. und 12. Mai 2012

**Reichtum, Vermögen und Gemeinwohl -**

**Wege zu einer neuen Vermögenskultur**

Evangelische Akademie zu Berlin, Tel. 030/203 55-500, [www.eaberlin.de](http://www.eaberlin.de)

11. bis 13. Mai 2012

**Wertschöpfung mit Bürgerbeteiligung -**

**Genossenschaften als Ökonomiemodell der Zukunft?**

Evangelische Akademie Baden, Tel. 0721/91 75-361, [www.ev-akademie-baden.de](http://www.ev-akademie-baden.de)

21. Mai 2012

**Nach dem Peak Oil: Hoffnungsträger unkonventionelles Erdgas?**

Evangelische Akademie zu Berlin, Tel. 030/203 55-500, [www.eaberlin.de](http://www.eaberlin.de)

23. Mai 2012

**Anders leben - mit neuer Energie?**

Evangelische Akademie Thüringen, Tel. 036202/984-25, [www.ev-akademie-thueringen.de](http://www.ev-akademie-thueringen.de)

1. und 2. Juni 2012

**"Alles aufgezehrt?" -**

**Die Rolle des wirtschaftlichen Wachstums für den Sozialstaat von morgen**

Evangelische Akademie Meißen, Tel. 03521/47 06-0, [www.ev-akademie-meissen.de](http://www.ev-akademie-meissen.de)

20. und 21. Juli 2012

**Ethik, Verantwortung und Vertrauen in der Geldwirtschaft**

**Finanzkrise - Schuldenkrise - Eurokrise - Vertrauenskrise**

Evangelische Akademie Bad Boll, Tel. 07164/79-0, [www.ev-akademie-boll.de](http://www.ev-akademie-boll.de)

